

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Raus aus dem Kleinklein der
Kommunalfinanzierung
- 11** **Forschung & Publikationen**
OB-Barometer 2018:
Digitalisierung, Wohnen und
Mobilität wichtiger denn je
- 20** **Neue Projekte**
Rechtliche Fragen digitaler
Transformation
- 25** **Veranstaltungen**
Fachkräftemangel in der
Kommunalverwaltung

Editorial

Standpunkt

- 4 Raus aus dem Kleinklein der Kommunalfinanzierung!

Forschung & Publikationen

- 6 Digitalisierung, Wohnen und Mobilität für Kommunen wichtiger denn je
- 7 Nachhaltigkeit hat hohe Priorität in der Lokalpolitik
- 8 Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen
- 9 Reich und Arm – Ungleichheit in Städten
- 10 Clusterpolitik in der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung
- 12 Nutzen und Auswirkungen der Parkraumbewirtschaftung
- 13 Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten
- 14 Auswirkungen des Online-Handels auf Innenstädte und Ortszentren
- 15 Praxisleitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ aktualisiert und erweitert
- 16 Klimaschutz im ländlichen Raum: Gute Beispiele aus Kommunen

Neue Projekte

- 17 Klimaschutz: Förderung hoch, Treibhausgase runter
- 23 integriert und vernetzt
- 23 dialogisch und prozessbegleitend

- 24 Kooperativ haushalten
- 24 Transformation realisieren
- 25 Klima schützen, Werte schaffen
- 25 Synergien nutzen, Wissen vermitteln
- 26 Innovation anstoßen
- 26 Fahrradstraßen gestalten

Veranstaltungen

- 28 Veranstaltungsvorschau
- 29 Schulentwicklung auf dem Prüfstand
- 30 Umgang mit dem Fachkräftemangel in der Kommunalverwaltung
- 31 Kommunen und Forschung erproben neue Wege
- 32 Handlungsoptionen für den ÖPNV bei schwacher Nachfrage
- 33 Personenbeförderungsgesetz: Neue Normen für neue Mobilitätsangebote?
- 34 Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung in Kommunen
- 35 225.000 Euro Preisgeld für neun vorbildlich klimaaktive Kommunen

Nachrichten & Service

- 18 Was ist eigentlich ... Intermodaler und multimodaler Verkehr?
- 19 Veröffentlichungsüberblick
- 21 Difu-Service für Zuwanderer
- 22 Impressum
- 36 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 37 Difu aktiv
- 38 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 39 Difu-Mediennachlese

Editorial



Fotos: David Ausserhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Was nichts kostet, taugt nichts“ – oder doch? Auch diese Frage könnte im Rahmen der „Erwägungen“ zu einem kostenlosen ÖPNV, die die Bundesregierung wohl in einem Schreiben an EU-Umweltkommissar Karmenu Vella in Aussicht gestellt hat, beleuchtet werden. Zwar sind die Intentionen der Bundesregierung in den Tagen nach Bekanntwerden der Briefinhalte nicht unbedingt deutlicher geworden, gleichwohl ist zu begrüßen, dass der ÖPNV und seine zentrale Bedeutung für eine nachhaltige Mobilität in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt worden sind. Deutlich geworden ist aber, dass eine nachhaltige Mobilität nicht mit „Hau-Ruck-Aktionen“ zu erreichen ist, sondern durchdachter Konzepte und für deren Umsetzung eines zeitlichen Vorlaufs bedarf, damit die angestrebte positive Wirkung tatsächlich eintritt. Das betrifft ein breites Themenspektrum, angefangen von der Frage der Finanzierung über die Entwicklung sinnvoller Systemstrukturen bis hin zur Schaffung ausreichender Fahrzeugkapazitäten.

Dass „Neue Mobilität“ ein TOP-Zukunftsthema für die Kommunen ist, zeigt auch das aktuelle OB-Barometer 2018 des Difu. Im Vergleich zu den Vorjahren messen die alljährlich befragten Stadtspitzen diesem Thema eine erheblich gewachsene Bedeutung zu (siehe Seite 6).

Diese Einschätzung teilt auch das Difu, was sich an seinen umfangreichen Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten zu Mobilitätsthemen zeigt –, einige davon finden Sie im aktuellen Heft: Parkraumbewirtschaftung, Lieferkonzepte, Fahrradstraßen, Personenbeförderungsgesetz oder „ÖPNV bei schwacher Nachfrage“ sind Stichworte hierfür.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und grüßen herzlich

Prof. Martin zur Nedden
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Raus aus dem Kleinklein der Kommunalfinanzierung!

Transformation braucht Finanzautonomie, und die ist nur durch eine Erhöhung der kommunalen Anteile an den Gemeinschaftssteuern und die kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder zu erreichen.

Egal wie die neue Bundesregierung aussehen wird – ein Thema wird in den kommenden Jahren wieder ganz oben auf der politischen Agenda stehen: die öffentliche Daseinsvorsorge der Kommunen und ihre Finanzierung. Schon im Bundestagswahlkampf 2017 kursierten Forderungen nach Einsetzung einer Kommission zur „Wiederherstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. Neben den kommunalen Spitzenverbänden und dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ fand sich dieses Thema auch in der Mehrzahl der Wahlprogramme der Parteien und nun auch im Sondierungspapier für die neue Große Koalition. Um die Problematik tatsächlich politisch breit bearbeiten zu können, wird es jedoch einer integrierten Perspektive bedürfen, die über eine Betrachtung fiskalischer Missstände hinausgeht.

Zwar wird dieser Anspruch mit Verweis auf die Formel von der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ reklamiert. Der letzte Versuch einer Gemeindefinanzreform, die beiden Föderalismusreformen sowie die jüngste Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen verhakelten sich allerdings stets im Kleinklein fiskalischer Detailfragen. Nimmt man dieses Grundgesetz-Postulat hingegen wirklich ernst, geht es nun nicht mehr und nicht weniger als die gesellschaftliche Integrationsfähigkeit von Kommunen und Regionen, die durch die tagtägliche Bereitstellung ihres öffentlichen Leistungsangebots, ihres Personals und ihrer Infrastrukturen gewährleistet wird. Zwar lassen sich aus diesem Postulat keine unmittelbaren Ansprüche im Verhältnis zwischen Staat und Bürgern bzw. zwischen den föderalen Ebenen ableiten. Allerdings prägt sie wie kaum ein anderes Narrativ den politischen Diskurs in der Bundesrepublik. Zu Recht. Denn die integrierende Wirkung der kommunalen Daseinsvorsorge besitzt einen Eigenwert, der leider oft erst dann breite Wertschätzung erfährt, wenn wirtschaftliche Strukturprobleme negative Dominoeffekte erzeugen und ganze Landstriche in eine Abwärts Spirale versetzen oder bei Wahlen die politischen Ränder erstarken.

Schon lange ist die Finanzmisere der Kommunen offenkundig – daran ändern auch die Überschüsse der Jahre 2016 und 2017 nichts. Neben einem Schuldenberg von rund 130 Mrd. Euro sitzen die

Kommunen auf einem Bestand an Kassenkrediten von rund 50 Mrd. Euro. Das Problem dabei: Die Belastungen verteilen sich sehr ungleich auf die Kommunen in den verschiedenen Bundesländern. Der wahrgenommene Investitionsrückstand, den das Difu jedes Jahr auf Basis von Einschätzungen der Kommunen errechnet, lag 2016 bei rund 126 Mrd. Euro. Nicht umsonst schrumpft der Bestand des kommunalen Vermögens seit 2002. Zudem sind die Sozial- und Personalausgaben in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Schon ein paar dieser Kennziffern reichen, um ein düsteres Bild der kommunalen Finanz- und Haushaltssituation zu zeichnen – nicht selten bemüht im politischen Diskurs. Die Realität ist jedoch deutlich komplizierter. Denn gegenwärtig ist durchaus mehr Geld im System als noch vor einigen Jahren. Neben dem Anstieg der Steuereinnahmen stehen Ländern und Kommunen auch deutlich mehr Mittel aus diversen Förderprogrammen des Bundes zur Verfügung: Neben den inzwischen vier Investitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zum Kita-Ausbau, dem Ganztagschulprogramm und der Kompensation für die Flüchtlingsunterbringung bilden das Teilhabegesetz, der Kommunalinvestitionsförderungsfonds und die deutliche Mittelenerhöhung für den Städtebau nur einige Beispiele aus der immer länger werdenden Liste an Mischfinanzierungen. Und die nächsten Programme warten schon auf die Umsetzung, wie auch im Sondierungspapier für die Neuauflage der Großen Koalition vorgesehen: seien es die „Diesel-Milliarde“ zur Reduktion der Feinstaubbelastung in den Städten, der „Digitalpakt“ zur Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur, ein neues Ganztagschulprogramm oder ein neuer Investitionsfonds, gespeist aus Versteigerungserlösen der 5G-Lizenzen. Die Kehrseite dabei: Verwenden die Kommunen Gelder, die nicht aus eigenen Einnahmequellen stammen, sitzen bei der Verausgabung immer Dritte mit am Tisch, die über Zweck, Höhe, Zeitraum und Bedingungen der Mittelverwendung mitentscheiden. Statt einer Stärkung der allgemeinen Finanzautonomie erfolgt dann – zumindest in den investiven Aufgabefeldern – immer stärker eine Finanzierung nach Programmlage.

Damit wird nicht nur das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltungsautonomie untergraben, das



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Fotos: David Ausserhofer



sich vielleicht noch als verfassungstheoretisches Abstraktum abtun ließe. Vielmehr kommen viele Städte und Gemeinden angesichts der zunehmenden Zahl an Programmen aus der Mittelbeantragung und entsprechenden Projektabwicklung nicht mehr heraus. Den zuständigen Fachämtern, die in den vergangenen Jahren unter dem Stichwort der „Verwaltungsmodernisierung“ einen personellen Aderlass zu verkraften hatten, fehlt es inzwischen nicht selten an qualifizierten Mitarbeitern, um die existierenden Förderangebote auch umfassend in Anspruch zu nehmen. Auch tun sich finanzschwächere Kommunen oft deutlich schwerer mit dem Abruf der bereitgestellten Mittel, da Förderhöchstsätze vorgegeben und durch einen Eigenanteil kofinanziert werden müssen. Zudem sind Förderperioden zeitlich befristet und Planungs- und Folgekosten nicht förderfähig. Gut gemeinte Förderprogramme scheinen mithin allenfalls bedingt geeignet, um bestehende Disparitäten im Kommunalvergleich abzubauen.

Unter dem Gesichtspunkt fiskalischer Nachhaltigkeit muss die stete Ausweitung von Mischfinanzierungsprogrammen ebenfalls hinterfragt werden. Die Mittel von Bund und Ländern reichen oft nicht über eine Anschubfinanzierung hinaus. Wenn beispielsweise allein die Umrüstung der Busflotte einer einzigen Großstadt mit 200.000 Einwohnern bis zu 30 Mio. Euro kosten kann, wird schnell deutlich, dass für die 78 anderen Städte dieser Größenklasse insgesamt ein Fördervolumen von 2,3 Mrd. Euro vom Bund benötigt würde – die mittleren und kleinen Städte sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Und dabei stellt der ÖPNV nur einen Infrastrukturbereich unter anderen dar, der von den Kommunen in den kommenden Jahren – je nach Bevölkerungsentwicklung – unterhalten, aus-, um- oder rückgebaut werden muss. Mit Blick auf die klima- und energiepolitischen

Ziele auf nationaler und internationaler Ebene sowie den auch in den Städten immer spürbarer werdenden Klimawandel bestehen für viele dieser Infrastrukturen grundlegende Transformationsnotwendigkeiten, die über eine klassische Instandhaltung bei Verschleiß oder den Ersatz nach gesetzlicher Abschreibung hinausgehen. Hierzu bedarf es vorausschauender Infrastruktur- und Finanzplanungen, die mit der Logik der zeitlich befristeten Projektfinanzierung bestehender Mischfinanzierungen nicht kompatibel sind.

Es ist mithin dieser Dreiklang aus zukunftsweisenden Infrastrukturinvestitionen, qualifizierter Personalausstattung und Stärkung der Finanzautonomie der Kommunen, der zum Gegenstand der Beratungen in einer neuen Gemeinde(finanz)-reform-Kommission gemacht werden sollte. Darüber hinaus sind es aber auch die Städte selbst, die zu einer Weiterentwicklung der strategischen Investitions- und Finanzplanung beitragen müssen: Mit einem klima- und demographiegerechten Umbau der kommunalen Infrastrukturen wird nicht nur der Kapitalstock der Kommunen wieder stabilisiert, sondern auch ein Beitrag für die Lebensqualität und damit den Zusammenhalt der Stadtgesellschaften geleistet. Zudem bedarf es in den Kommunen fachübergreifender Diskussionen, in die – neben Finanzexperten – z.B. gezielt auch Stadtplaner, Infrastruktur- und Klimaexperten einbezogen werden. Die Ausgestaltung der Kommunalfinanzierung sollte diesen Anforderungen folgen – und nicht umgekehrt. Eine weitere Ausweitung der Mischfinanzierungsprogramme ist dafür nicht zielführend. Vielmehr sollte eine substantielle Stärkung der kommunalen Finanzautonomie durch die kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder und durch eine Erhöhung der kommunalen Anteile an den Gemeinschaftssteuern erfolgen.

zum Weiterlesen

KfW-Kommunalpanel 2017
www.difu.de/11243

Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt Köln, in der gemeindehaushalt
www.bit.ly/2E4BF4Q

Kommunale Infrastrukturpolitik. Zwischen Konsolidierung und aktiver Gestaltung, Aus Politik und Zeitgeschichte, 16-17/2017
www.bit.ly/2E4Szof

Ansätze für eine generationengerechte Stadt-, Infrastruktur- und Finanzierungsplanung der Kommunen, Sächsischer Rechnungshof (Hrsg.): Finanzkontrolle in Sachsen,
www.bit.ly/2GXMxU7

Digitalisierung, Wohnen und Mobilität für Kommunen wichtiger denn je

Stadtspitzen nennen bei aktueller Difu-Jahresumfrage „OB-Barometer 2018“ ihre wichtigsten Themen: Neben Integration/Zuwanderung und Kommunal финанzen gewinnen Digitalisierung und Mobilität zunehmend an Dringlichkeit.



aktuelle Difu-Jahresumfrage
OB-Barometer 2018

Jährlich stellt das Difu den (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern großer deutscher Städte ab 50.000 Einwohner vier Kernfragen, damit Veränderungen in den Kommunen frühzeitig erkannt und darauf reagiert werden kann. Gefragt wird nach den aktuell wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt, den aktuellen Herausforderungen für Kommunen insgesamt, nach Themen, die in den nächsten fünf Jahren für die Kommunen an Bedeutung gewinnen werden und nach Bereichen, in denen sich die Rahmenbedingungen für Kommunen ändern müssen. Die im Zusammenhang mit der Zuwanderung stehenden Aufgaben beschäftigen die Stadtspitzen größerer deutscher Städte auch in diesem Jahr nach wie vor sehr stark und werden sie weiterhin beschäftigen. Dieses Befragungsergebnis zieht sich wie ein roter Faden durch alle Antworten des OB-Barometers, auch wenn das Thema seine deutliche Vorrangstellung im Vergleich zu Vorgängerumfragen verloren hat. Inzwischen ist es eine ebenso dringliche Aufgabe bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – vor allem für Städte aus dem Norden und Süden Deutschlands sowie für Großstädte. Trotz insgesamt verbesserter öffentlicher Finanzlage bleiben außerdem für viele Städte Haushaltskonsolidierung sowie der Aus- und Umbau der Infrastruktur eine große Herausforderung. Deutliche Trendverschiebungen zeigen sich auch hin zu den Themen Verkehr und neue Mobilitätsformen sowie „Smart City“. So gewinnen Mobilität und Digitalisierung aus Sicht der eigenen Stadt deutlich an Bedeutung. Die befragten Stadtspitzen

nehmen diese Themen jetzt und auch künftig mit als größte Herausforderungen für deutsche Kommunen insgesamt wahr.

Daher verwundert es auch nicht, dass die Städte sowohl für die aktuell brennenden Themen als auch mit Blick auf die zukünftigen Handlungsfelder Unterstützung durch EU, Bund und Länder fordern. Vorrangig geht es ihnen darum, die kommunale Finanzlage zu verbessern und Hilfen zur Bewältigung der Integration von Flüchtlingen zu erlangen. Deutlich größerer Unterstützungsbedarf als noch in den Vorjahren wird außerdem bei der Verkehrspolitik, beim Aus- und Umbau der Infrastruktur, bei der Bildungspolitik und im Bereich Städtebau und Wohnen gesehen.

Die repräsentative Befragung wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt. Die detaillierten Ergebnisse und Grafiken des OB-Barometers 2018 sowie die der Vorjahresauswertungen stehen ausführlich auf der Difu-Website bereit.



www.difu.de/9888



Dr. Busso Grabow
+49 30 39001-248
grabow@difu.de

Dipl.-Soz. Detlef Landua
+49 30 39001-196
dlandua@difu.de

Nachhaltigkeit hat hohe Priorität in der Lokalpolitik

Wie ist eigentlich der Stand der nachhaltigen Entwicklung aus Sicht der Kommunalpolitik? Dieser Frage ging das Difu im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im „Monitor Nachhaltige Kommune“ nach. Befragungsergebnisse und Projektbericht stehen zum Download bereit.

Der Monitor Nachhaltige Kommune hat das Ziel, Kommunen dabei zu unterstützen, ein systematisches und wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement vor Ort umzusetzen. In einer Pilotphase wurde von 2015-2016 ein erster Indikatorenkatalog zur Messung der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene erstellt. Dieser wird zurzeit mit dem Schwerpunkt SDG-Indikatoren für ein Monitoring der Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene vom Difu gemeinsam mit folgenden Partnern weiterentwickelt: Kommunale Spitzenverbände, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und Bertelsmann Stiftung. Der derzeitige Arbeitsstand wurde im Bericht Monitor Nachhaltige Kommune 2017 veröffentlicht.



Ein wichtiges Element des aktuellen Monitors sind Befragungen zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in deutschen Kommunen aus Sicht unterschiedlicher Akteursgruppen. Diesmal lag der Fokus beim Thema Kommunalpolitik. So befragte das Difu im Herbst 2017 online die Fraktionsvorsitzenden der Stadt- und Gemeinderäte aller Städte und Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern sowie der Kreistage aller (Land-)Kreise. Die Kernergebnisse von insgesamt 937 Befragten in Kürze zeigen:

- Nachhaltige Entwicklung nennen die Räte von rund zwei Dritteln der befragten Kommunen als wichtiges Thema – das gilt für Kommunen aus ost- und westdeutschen Bundesländern, für verschieden große Städte und Gemeinden und für Kreise gleichermaßen. In den einzelnen Fraktionen wird das Thema vergleichsweise

häufiger diskutiert und als insgesamt wichtiger eingeschätzt als in den Räten insgesamt.

- Der Bekanntheitsgrad von übergreifenden Nachhaltigkeitsstrategien (Agenda 2030 der Vereinten Nationen, Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie) ist unter Kommunalpolitikern aus größeren Städten höher, aber insgesamt ausbaufähig. Globale Verantwortung als ein wichtiger Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung ist in den deutschen Kommunalräten ebenfalls noch kaum angekommen.
- Im Hinblick auf die Rollen, die die Kommunalpolitik im lokalen Transformationsprozess einnehmen kann, sehen es die meisten Fraktionsvorsitzenden vor allem als ihre Aufgabe an, Nachhaltigkeitskriterien bei Ratsbeschlüssen zu berücksichtigen. Die Erarbeitung strategischer Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung wird vorrangig als eine gemeinsame Aufgabe von Kommunalpolitik, -verwaltung und weiteren Interessensgruppen verstanden. Für die Schwerpunktsetzung auf bestimmte Themen und Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung in den einzelnen Fraktionen gilt, dass sie sich in Abhängigkeit von Kommunaltyp und Kommunalgröße, der regionalen Lage und der Parteizugehörigkeit stark unterscheiden. Insgesamt sind jedoch Bildung, Mobilität und Wohnen die Top-Themen in den Fraktionen, während Sicherheit, Armut und Eine-Welt-Engagement kaum als wichtige Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung eingeordnet werden.
- Die Nutzung von Instrumenten eines systematischen Nachhaltigkeitsmanagements in der Kommune ist bei einer deutlichen Mehrheit der befragten Kommunalpolitiker noch kein Thema – allerdings bewerten diejenigen, deren Kommune solche Instrumente bereits eingeführt hat, diese mehrheitlich als hilfreich für ihre Ratsarbeit.
- In der Digitalisierung sehen rund zwei Drittel der Befragten eine Chance für die kommunale nachhaltige Entwicklung – was insbesondere auf die Digitalisierung von Verwaltung und Ratsarbeit zutrifft, aber auch auf andere Handlungsfelder wie Arbeit und Beschäftigung, Wirtschaftsstruktur, Mobilität und Bildung.



www.difu.de/11744
www.bit.ly/2mkeeO8



Dr. Busso Grabow
+49 30 39001-248
grabow@difu.de

Dipl.-Soz. Detlef Landua
+49 30 39001-196
dlandua@difu.de

Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen

Neue Difu-Veröffentlichung zeigt Integrationsherausforderungen und Lösungswege der Kommunen. Neben aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen werden auch Praxiserfahrungen vorgestellt.



Die Zuwanderung nach Deutschland vollzog sich in den vergangenen Jahrzehnten in Zyklen. Einen neuen Höhepunkt erreichte sie 2015/2016, als vor allem Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten Schutz und Asyl in der Bundesrepublik suchten. Ging es in der Anfangsphase vor allem um die Verteilung, Unterbringung und humanitäre Erstversorgung der Geflüchteten, müssen inzwischen die deutlich anspruchsvolleren Anforderungen der Integration bewältigt werden.

Die neue Veröffentlichung widmet sich zunächst Fragen der kommunalen Steuerung und Kommunikation: Neben einer Übersicht der Kompetenzverteilung in der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik zählen dazu Einschätzungen aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände zu institutionellen Veränderungen und fiskalischen Fragen. Erfahrungsberichte zur Ankunft, Registrierung, Antragstellung, der interkulturellen Öffnung von Behörden sowie der Weiterentwicklung von Verwaltungsstrukturen im Zuge der Zuwanderung verdeutlichen das Spektrum der kommunalen Herausforderungen. Um den langen Weg vom Ankommen zum Bleiben geht es in einem weiteren Kapitel – mit Beiträgen zum Zusammenspiel zwischen Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft, zu konkreten Aktivitäten von Willkommensinitiativen, Gastfamilien und Migrantensorganisationen bis hin zu Fragen der beruflichen Perspektiven Geflüchteter. Auch Fragen der Wohnraumversorgung sowie der Stadt- und Quartiersentwicklung

werden behandelt: Welche baurechtlichen Möglichkeiten bestehen für eine schnelle Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten? Kommt es im Zuge der Zuwanderung und Integration zu einer Renaissance der sozialen Wohnungspolitik? Welche Rolle fällt der Wohnungswirtschaft zu? Welche Potenziale des Quartiersmodells „Soziale Stadt“ können genutzt werden? Ergänzt werden diese Beiträge durch einen Praxisbericht über Wege und Probleme der Wohnungsmarktintegration und Überlegungen zum Thema Zuwanderung und Sicherheit in den Quartieren.

Eine besondere Herausforderung stellt die Zuwanderung für die regionale Entwicklung und die ländlichen Räume dar. Im letzten Kapitel geht es daher um die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in städtischen und ländlichen Räumen und Potenziale und Voraussetzungen, die ländliche Regionen für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bieten. In diesem Kontext werden erste Erfahrungen mit der neuen Wohnsitzregelung erläutert.

Der Band zeigt, dass Integration ein beständiger politischer Selbstreflexionsprozess ist, in dem – unter aktiver Einbeziehung der „Aufnehmenden“ als auch der „Zugewanderten“ – immer wieder über das bestehende rechtliche, administrative und fiskalische Instrumentarium nachgedacht werden muss, um ggf. Anpassungen vorzunehmen.



www.difu.de/11667



Dipl.-Soz.
Gudrun Kirchhoff
+49 30 39001-192
kirchhoff@difu.de

Reich und Arm – Ungleichheit in Städten

Die „Ungleichheit in Städten“ ist eine zentrale Thematik der neueren Stadtforschung. Diesem Thema widmen sich die Autoren in der neuen Ausgabe der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ – MSG.

Mit dem Themenschwerpunkt „Reich und Arm – Ungleichheit in Städten“ greift das aktuelle Heft der „Modernen Stadtgeschichte“ eine Kernfrage der neueren Stadtforschung auf. Die Herausgeber Alex Schildt (Hamburg) und Clemens Zimmermann (Saarbrücken) akzentuieren in ihrer Einleitung einige zuletzt von der Forschung verstärkt beachtete Aspekte, wie die Frage unterschiedlicher Chancen von Stadtbewohnern als Katalysator und Indikator für sozialräumliche Ungleichheiten, oder die Zusammenhänge zwischen der Schrumpfung von Städten und sozialer Benachteiligung. In den Einzelbeiträgen untersucht Anne Kurr (Hamburg) die soziale Funktion von „guten Adressen“ in reichen Stadtvierteln von Paris und Hamburg von den 1950er- bis zu den 1980er-Jahren und Lu Seegers (Hamburg) analysiert die stadtgesehliche Wahrnehmung von Clubs der Hamburger Wirtschaftselite als exklusive Orte.

David Templin (Hamburg) verfolgt die Karriere des aktuell viel benutzten Begriffs der „Gentrification“ als Deutungsmuster in stadtbezogenen Debatten und in der Stadtforschung seit den 1960er-Jahren in Großbritannien, den USA und Deutschland. Dieter Schott (Darmstadt) hebt in seinem Beitrag zu „Infrastrukturnetzen und soziale(r) Ungleichheit“ die anfänglich im späten 19. Jahrhundert sozial stark selektive Einführung moderner Stadttechniken hervor, die in der Folgezeit jedoch schrittweise praktisch allen Stadtbewohnern zugänglich wurden. Einer jüngeren Periode starker politischer Polarisierung widmet sich der Aufsatz von Christian Jansen (Trier), der die Hinwendung der Neuen Linken im Italien der 1970er-Jahre zu Fragen städtischer Lebensqualität als Feld revolutionärer Mobilisierung beschreibt. Katharina Wohlgemuth (Saarbrücken) vertieft die in der Einleitung von Schildt/Zimmermann aufgeworfene Frage nach dem Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Schrumpfung von Städten und ihren kulturpolitischen Strategien – anhand eines Städtevergleichs der westdeutschen Stadt Salzgitter mit der ostdeutschen Stadt Dessau. Und schließlich beschäftigt sich Peter Birke (Göttingen) in seiner Leitrezension mit dem inzwischen bereits zum Zeitdokument gewordenen Standardwerk von Hartmut Häußermann/Dieter Läßle/Walter Siebel: Stadtpolitik von 2008.

Birke zeigt mittels einer retrospektiven Einordnung des Buches indirekt auch den rasanten Wechsel der Themen und Paradigmen im Feld von Analysen zu sozialen Ungleichheiten in Städten auf.

In der freien Rubrik „Forum“ rekonstruiert Takahito Mori (Tokyo) die Einführung der Arbeitslosenfürsorge in Hamburg während des Ersten Weltkriegs unter besonderer Berücksichtigung privater Initiativen, die er als Wegbereiter der kommunalen Sozialpolitik der 1920er-Jahre identifiziert. Michael Kriest (München) zeichnet die Auswirkungen des nationalsozialistischen Autobahnbaus auf die Stadtplanung in verschiedenen deutschen Städten nach.



Im Berichtsteil, der wie immer über zurückliegende Tagungen im Feld der Stadtgeschichte informiert, berichtet Ana Kládnik über eine Konferenz, die sich in Potsdam unter dem Titel „How Long are New Towns New?“ mit der Historisierung Neuer Städte befasste. Weitere Konferenzberichte gelten einer in Barcelona und Marburg abgehaltenen Doppeltagung über „Emerging Cities in Europe's South and East“ und der unter dem Titel „Licht, Luft, Feuer und Wasser in der Geschichte und Gegenwart der Stadtentwicklung“ in Berlin veranstalteten Nachwuchstagung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU). Eine Vorschau auf zahlreiche kommende stadtgeschichtliche Konferenzen mit Hinweisen zu Websites und Deadlines rundet das Heft ab.



www.difu.de/11668



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
+49 3362 793-142
christoph.bernhardt@
leibniz-irs.de

Clusterpolitik in der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung

Ende oder Neustart? Eine aktuelle Difu-Studie, an der die Städte München, Bremen, Chemnitz, Düsseldorf, Mannheim und die Region Hannover beteiligt waren, widmet sich dem Stand und den Entwicklungsperspektiven der Clusterpolitik in Kommunen.

Die Förderung von Potenzialen der räumlichen Konzentration von Unternehmen, spezialisierten Anbietern, Dienstleistern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen desselben Wirtschaftsbereichs spielt in der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung seit über zwei Jahrzehnten eine wichtige Rolle. Sie wird auch unter dem Stichwort Clusterpolitik diskutiert. Mehr als drei Viertel der deutschen Großstädte sind aktiv in der Clusterpolitik. Fast ein Viertel zählt das Engagement in der Clusterpolitik zu den drei wichtigsten Aufgabenbereichen der Wirtschaftsförderung.

Ziel der kommunalen Clusterpolitik ist es, regionale Stärken noch weiter herauszuarbeiten, um von den zu erwarteten Wettbewerbsvorteilen zu profitieren und sich in der globalen Wirtschaft zu behaupten. Clusterpolitik ist dabei kein in sich geschlossenes Politikfeld, sondern eine Kombination aus regional-, industrie- und forschungspolitischen Maßnahmen, das sich stetig weiterentwickelt.

Parallel und ergänzend zu den clusterpolitischen Maßnahmen der Kommunen haben EU, Bund und Länder eigene clusterpolitische Strategien und Programme aufgelegt. Aktuelle Beispiele hierfür sind der Spitzenclusterwettbewerb des Bundes oder die Initiierung und Unterstützung von landesweiten Clusterinitiativen in den Bundesländern. Kommunale Clusterpolitik findet daher heute vor verschiedenen Programm- und Förderkulissen übergeordneter Ebenen statt, was zu unterschiedlichsten Akteurskonstellationen mit den damit verbundenen Chancen, aber auch Schwierigkeiten führt.

Zusammen mit dem Deutschen Städtetag und der Landeshauptstadt München initiierte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) die „Gemeinschaftsstudie der deutschen Städte zur Clusterpolitik“. An der Studie beteiligten sich neben München die Freie Hansestadt Bremen, Chemnitz, die Landeshauptstadt Düsseldorf, Leipzig, Mannheim und die Region Hannover.

Die Studie gibt Einblicke in den aktuellen Forschungsstand der Clusterpolitik und zeigt Ergebnisse einer bundesweiten schriftlichen

Befragung. In die Forschungsarbeit waren Wirtschaftsförderungsstellen der deutschen Großstädte einbezogen, es wurden Interviews mit Clustermanagern und kommunalen Wirtschaftsförderern geführt sowie Workshops veranstaltet, in denen sich Praktiker über ihre Erfahrungen in der kommunalen Clusterpolitik austauschen konnten. Die Ergebnisse dieser Studie wurden unter dem Titel „Ende oder Neustart – Perspektiven der Clusterpolitik“ in der Reihe Difu-Impulse veröffentlicht.

Die wachsende Bedeutung von Querschnittsthemen und die Ausgestaltung von Förderprogrammen auf EU- und Bundesebene führen dazu, dass sich Cluster immer mehr über Branchengrenzen hinweg orientieren. Besonders bei der Initiierung branchenübergreifender Kooperationen könnte den kommunalen Wirtschaftsförderungen in Zukunft eine zunehmende Bedeutung als Kontaktvermittler und Impulsgeber zukommen.

Auch Cluster – und damit die Ausgestaltung der Clusterförderung – sind von den Auswirkungen der Digitalisierung betroffen. Die Digitalisierung bietet dabei einerseits die Möglichkeit einer effizienteren Vernetzung von Produktionseinheiten und -schritten, was die Beziehungen innerhalb eines Clusters weiter festigen kann. Andererseits könnte mit einer fortschreitenden Digitalisierung auch die Bedeutung räumlicher Nähe von wirtschaftlichen Akteuren abnehmen. Welcher dieser beiden Effekte letztendlich überwiegt, bleibt abzuwarten.

Kaum ein anderes theoretisches Konzept der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsgeografie hat in der Vergangenheit in ähnlichem Maße Einzug in die Wirtschaftsförderungspraxis gehalten. Clusterpolitik ist derzeit dabei, sich auf allen Ebenen, auch auf der kommunalen Ebene, zu verändern. Die neue Veröffentlichung gibt einen Eindruck davon, wie diese Veränderungen und Entwicklungen aussehen könnten, formuliert Handlungsempfehlungen für die kommunale Wirtschaftsförderung und benennt offene Fragen.



www.difu.de/10407
www.difu.de/publikationen



Dr. Dirk Assmann
+49 30 39001-200
assmann@difu.de

Dr. Holger Floeting
+ 49 30 39001-221
floeting@difu.de



Nutzen und Auswirkungen der Parkraumbewirtschaftung

Wachsende Einwohner- und Pendlerzahlen und ein ungebremster Anstieg an Kfz-Neuzulassungen bescheren vielen Städten ein Parkproblem. Wohin mit immer mehr Autos? Was kann Parkraumbewirtschaftung bewirken?

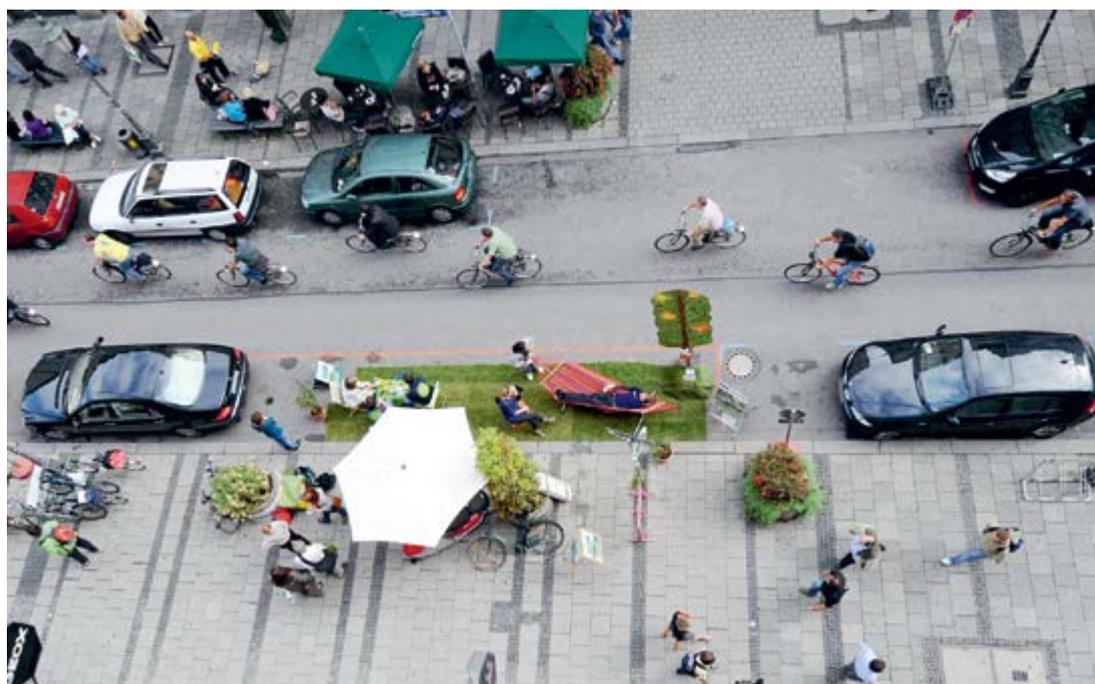


Foto: Green City e.V., Stefan Rumpf

Private Autos werden im Durchschnitt nur eine Stunde pro Tag benutzt und stehen die meiste Zeit herum und blockieren Straßenraum. Insbesondere in den Innenstädten, in denen Parkraum ein knappes Gut ist, kommt es häufig zu Konflikten. Die Parkraumbewirtschaftung hat sich zunehmend als verkehrspolitische Maßnahme bewährt, stößt jedoch vielerorts immer noch auf erhebliche Widerstände. Mit Blick auf die notwendige Verkehrswende gilt es, die vielen Vorteile – für Kommunen und für Bürger – des Parkraummanagements zu verdeutlichen:

- Parkraummanagement setzt keine hohen Investitionen voraus und lässt sich in relativ kurzer Zeit umsetzen.
- Die Lärm- und Luftschadstoffbelastung reduziert sich, Parksuchverkehr wird vermieden.
- Eine flächenhafte Parkraumbewirtschaftung schafft Platz, verbessert die Verkehrssicherheit und erhöht die Aufenthaltsqualität.
- Autofahrer werden motiviert, zu Fuß zu gehen, Fahrrad zu fahren oder Busse und Bahnen zu nutzen.
- Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung können im Idealfall zur Finanzierung von Geh- oder Radwegen genutzt werden.

Dies sind einige Ergebnisse aus der vom Verkehrsministerium Baden-Württemberg beauftragten und finanzierten Studie „Parkraumbewirtschaftung – Nutzen und Effekte“. Eine in diesem Zusammenhang erstellte Broschüre soll lokale Akteure – insbesondere aus Verwaltung und Kommunalpolitik – dabei unterstützen, Parkraumbewirtschaftung umzusetzen. Die Publikation liefert das nötige Wissen und überzeugende Argumente. Sie kann dazu beitragen, öffentliche Debatten über das Thema sachlicher zu führen. Denn oft ist es eine emotionale Einschätzung von Bürgerschaft, Einzelhandel oder Medien, die Entscheidungsträger hindert, eine nachhaltige Stadtverkehrspolitik zu unterstützen.



www.difu.de/11582



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Der wachsende Wirtschaftsverkehr, besonders der Liefer- und Dienstleistungsverkehr, führt zu einer erheblichen Belastung des Straßennetzes. Neue Veröffentlichung zu Lösungskonzepten für Probleme im Lieferverkehr in dicht bebauten Stadtquartieren.



Foto: Martina Hertel



Innerstädtische Zustellung per Lastenrad

Stadtbewohner beauftragen durchschnittlich 0,1 Lieferungen pro Tag – mit zunehmender Tendenz. Ein Drittel des städtischen Verkehrs ist Wirtschaftsverkehr, d.h. Güterverkehr sowie Dienstleistungs- und Geschäftsfahrten. Aktuelle Trends der Arbeitsteilung, des Online-Handels und Kundenansprüche wie schnelle Lieferzeiten oder kleinere Zeitfenster führen zu kleineren Sendungsgrößen sowie Sendungs- und Fahrtenzuwachs.

So wird vor allem der Liefer- und Dienstleistungsverkehr verstärkt. Der Kunde wird „Regisseur seiner Sendung“ und erhöht so die Ansprüche an die logistische Leistungserstellung. Auch das „Internet der Dinge“ kann verkehrserzeugend wirken, z.B. aufgrund der Ausweitung von Beschaffungsmärkten. Durch flexible Arbeitsmuster steigt zudem der Personenwirtschaftsverkehr. Mittlerweile verursachen Personenwirtschafts- und Dienstleistungsverkehr einen Fahrtenanteil von mehr als 50 Prozent des Wirtschaftsverkehrs. Disperses Verkehrsaufkommen und komplexe Tourenbildungen (nicht selten haben Touren 140 bis 150 Zustellungen) tragen zur Ausdifferenzierung im Verkehr bei und erschweren die Planung des Wirtschaftsverkehrs.

Diese Trends haben verschiedene Wirkungen auf den Wirtschaftsverkehr. Vor allem der stark

gestiegene Lieferverkehr belastet Innenstädte und Wohnquartiere, in denen sich die meisten Ziele des Wirtschaftsverkehrs befinden, erheblich. Meist wird in den Spitzenzeiten in die Quartiere ausgeliefert. Dazu kommen andere Fahrten im Wirtschaftsverkehr wie Müllentsorgung, Straßenreinigung, Speditionslieferungen, Pflegedienste, Handwerkerfahrten usw. So entsteht besonders morgens viel Wirtschaftsverkehr, was in eng bebauten Quartieren mit einer hohen Dichte an Lieferzielen, bei viel privatem Personen- und öffentlichen Verkehr, zu erheblichen Belastungen der meist engen Straßen führt. Die Reduktion dieses Verkehrs bzw. die Auslieferung mit anderen Verkehrsmitteln sind wichtige Lösungswege. Diverse Studien zeigen, dass in Innenstädten ein großer Teil der Sendungen mit alternativen Lieferkonzepten zugestellt werden könnte.

Die Publikation stellt den Status quo im städtischen Lieferverkehr dar, beschreibt Potenziale des nichtmotorisierten Lieferverkehrs und stellt Praxisbeispiele vor. Das hochaktuelle Thema entwickelt sich sehr dynamisch, zahlreiche Pilotprojekte wurden in den letzten Jahren umgesetzt. Ausgewählte Ergebnisse informieren Kommunen über die neusten Entwicklungen im innerstädtischen Lieferverkehr.



www.difu.de/publikationen/difu-impulse



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

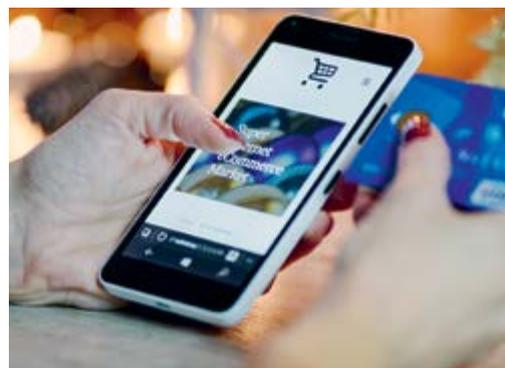
Auswirkungen des Online-Handels auf Innenstädte und Ortszentren

Studie zu Online-Handel: Handel sowie Kommunen müssen auf aktuelle Entwicklungen reagieren, wenn es weiterhin attraktive Städte geben soll, die zum Einkaufen und Verweilen einladen. Wachstum findet im Einzelhandel künftig fast nur noch online statt.

Stadt und Handel sind seit jeher von vielfältigen wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt. Und seit mehr als 15 Jahren wird über die Auswirkungen des Online-Handels auf Stadt, Stadtbild und Stadtfunktion diskutiert: Verschwinden die Läden aus den Zentren, weil die Menschen immer mehr im Internet bestellen? Es wird zunehmend deutlich, dass der Trend zum Online-Einkauf eine starke und wachsende Dynamik entfaltet. Aber der Online-Handel ist nicht unbedingt der Auslöser für die Probleme des stationären Handels – dazu haben beispielsweise auch überdimensionierte Flächenausweisungen der vergangenen Jahrzehnte, insbesondere an nicht-integrierten Standorten, beigetragen. Weitere Einflussfaktoren sind unter anderem der demografische Wandel, sich verändernde Werte oder die Dynamiken des Immobilienmarktes. Der Online-Handel verstärkt diese Entwicklungen jedoch weiter.

Nach den Daten des Handelsverbands Deutschland (HDE) wird der Gesamtumsatz des Jahres 2017 im Online-Handel bei 48,4 Mrd. Euro liegen und damit erneut ein Plus von etwa zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielen. In einigen Bereichen hat die Wachstumsdynamik zwar nachgelassen, zum Beispiel bei der Unterhaltungselektronik und bei Büchern, in anderen Warengruppen beginnt das Wachstum jedoch gerade erst, etwa beim Heimwerkerbedarf oder bei Autozubehör. Je nach Branche sieht die Zukunft des Online-Handels daher sehr unterschiedlich aus, fest steht dabei aber, dass das Wachstum im Einzelhandel fast ausschließlich online stattfindet.

Aber auch über die Entwicklung der Innenstädte lassen sich keine allgemeinen Aussagen machen. Zu verschieden sind die individuellen Voraussetzungen einer Stadt durch ihr regionales Umfeld, ihr touristisches Potenzial oder die Akteure innerhalb der Stadt. Solche spezifischen Ausgangslagen können dazu beitragen, dass der Einzelhandel das Zentrum einer Großstadt verlässt oder dass eine Mittelstadt ein vitaler Handelsstandort bleibt. Mehrheitlich werden jedoch jene Großstädte, die das vielfältigste und differenzierteste Handelsangebot aufweisen, auch zukünftig feste Anker der Handelslandschaft sein. Handel sowie Städte und Gemeinden müssen daher auf aktuelle Entwicklungen reagieren, wenn es weiterhin



attraktive Städte geben soll, die zum Einkaufen und Verweilen einladen. Dies sind einige der Ergebnisse der im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) geförder- ten Studie. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) untersuchte dabei gemeinsam mit den Part- nern BBE Handelsberatung und elabotarium aus München mögliche räumliche Auswirkungen des Online-Handels auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren sowie Handlungsmöglichkeiten von Kommunen, Handel, aber auch von Akteuren aus der Immobilienwirtschaft.

Die Studie wurde im Auftrag des Bundesministe- riums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktor- sicherheit (BMUB), des Bundesamts für Bau- wesen und Raumordnung (BBSR) und des HDE durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie sind als BBSR-Online-Publikation veröffentlicht. Zudem liegt eine Kurzfassung der Ergebnisse als Difu-Paper vor.



www.difu.de/11255
www.difu.de/11596



**Dr. Beate
Hollbach-Grömig**
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

**Prof. Dipl.-Ing.
Martin zur Nedden**
+49 30 39001-214
zurnedden@difu.de

Praxisleitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ aktualisiert und erweitert

Dass Klimaschutz nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance für positive Veränderung gesehen werden kann, zeigt der bewährte Leitfaden anhand neuer Praxisbeispiele aus weiteren Handlungsfeldern.



Foto: Unsplash, Max Boettinger

Deutschlandweit gehen Kommunen im Klimaschutz mit guten Beispielen voran, diskutieren Klimaschutzziele, gehen Selbstverpflichtungen zur Minderung ihrer Treibhausgasemissionen ein und erstellen Klimaschutzkonzepte.

Längst wird Klimaschutz nicht mehr nur als Herausforderung, sondern auch als Chance begriffen. Kommunen, die beim Klimaschutz durchdacht und konsequent vorgehen, können dauerhaft Energiekosten senken, den Finanzhaushalt entlasten, wertvolle Beiträge zur regionalen Wertschöpfung leisten und die Lebensqualität ihrer Bürger erhöhen. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind dabei vielfältig: Neben Planungs- und Ordnungsaufgaben sind langfristige Strategien im Sinne des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Daseinsvorsorge erforderlich. Gleichzeitig stehen die kommunalen Klimaschutzaktivitäten stets in einem ökonomischen und sozialen Kontext.

Der Praxisleitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ unterstützt Kommunen bei einem strukturierten Vorgehen im Klimaschutz und dient als Arbeitshilfe für die Initiierung und Durchführung von Klimaschutzaktivitäten. Der Praxisleitfaden bietet Grundlagenwissen sowie eine Vielzahl von sinnvollen Handlungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Teilbereichen des kommunalen Klimaschutzes.

Den individuellen Bedürfnissen und Kapazitäten der Kommunen entsprechend, werden verschiedene Herangehensweisen thematisiert. Zahlreiche aktuelle Praxisbeispiele sollen darüber hinaus zur Nachahmung oder zu eigenen Aktivitäten anregen.

Der Praxisleitfaden wurde 2016 bis 2017 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter Federführung des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) und dem Klima-Bündnis inhaltlich und strukturell überarbeitet und um aktuelle Schwerpunkte und Handlungsfelder ergänzt.

Neben der Printversion steht der Leitfaden in einer barrierefreien Version im Internet zum Download zur Verfügung.



www.bit.ly/2Fzev8y



M. Sc. Greta Link
+49 30 39001-170
skkk@klimaschutz.de

Klimaschutz im ländlichen Raum: Gute Beispiele aus Kommunen

Difu veröffentlicht Ideen und Impulse zum Klimaschutz für Kommunen in ländlichen Gebieten. Die Beiträge aus Kommunalpraxis und Forschung greifen viele für den Klimaschutz wichtige Themenbereiche auf.



Die Voraussetzungen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen unterscheiden sich in ländlichen Räumen häufig von denen in Ballungszentren und Großstädten. Dennoch sind die Möglichkeiten, aktiv Klimaschutz zu betreiben, im ländlichen Raum ebenso vielfältig wie in urbanen Gebieten. Denn sicher ist: Eine Erreichung der bundesweiten Klimaschutzziele ist nur möglich, wenn Klimaschutz flächendeckend – sprich in den Ballungsgebieten und auf dem Land – erfolgreich betrieben wird.

Ländliche Regionen stehen vor großen Zukunftsaufgaben: Zentrale Themen, wie der Klimawandel, die demographische Entwicklung, die fortschreitende Globalisierung oder die Sicherung der Daseinsvorsorge sind auch – oder in manchen Bereichen sogar besonders – „in der Fläche“ spürbar. Kommunale Klimaschutzmaßnahmen bieten häufig vielfältige Synergieeffekte und Entwicklungspotenziale für ländliche Gebiete, um diesen Herausforderungen zu begegnen, zum Beispiel in den Bereichen klimafreundlicher Mobilitätssicherung, der Strom- und Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien oder einer nachhaltigen Landwirtschaft.

sowie Forschungseinrichtungen in ausführlichen Artikeln und prägnanten Exkursen ihre Ideen, dem Wandel des Klimas entgegenzuwirken und gleichzeitig Entwicklungsprozesse in ländlichen Gebieten anzustoßen oder effektiv voranzutreiben. Dazu wurden Gemeinden und Regionen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Schwerpunkten ausgewählt: In Willebadessen setzt man stark auf Bioenergie-Erzeugung, in den Gemeinden Mettingen und Jesberg treibt man klimafreundliche Mobilitätskonzepte voran, die Marktgemeinde Glonn nutzt gute Beispiele für den Einsatz erneuerbarer Energien vor Ort für die Bildungsarbeit und im Landkreis Oldenburg nimmt man Klimaschutz in der Landwirtschaft in den Fokus. Diese und weitere gute Beispiele sowie Impulse aus der Forschung sollen andere Kommunen in ländlichen Gebieten zur Entwicklung und Umsetzung eigener Vorhaben anregen und motivieren.

Das neue Heft erscheint im März 2018. In der Publikationsreihe „Themenhefte“ greift das Difu nach und nach Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet.



www.difu.de/publikationen



Marco Peters, M.A.
+49 221 34 03 08 27
peters@difu.de

Im aktuellen Themenheft „Klimaschutz & ländlicher Raum“ präsentieren Kommunen und Vereine

Klimaschutz: Förderung hoch, Treibhausgase runter

Ob kommunale Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden, entscheidet sich auch mit Blick auf den Haushalt einer Kommune. Weil Klimaschutz nicht vom Geld abhängen darf, gibt es Unterstützung vom Bund, zum Beispiel im Rahmen der Kommunalrichtlinie.

Viele Kommunen sind ambitioniert, Klimaschutzprojekte zu initiieren. Manche stehen noch am Anfang, andere haben sich bereits von erfahrenen Fachleuten beraten lassen, integrierte Klimaschutzkonzepte erstellt oder investive Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt. Wie „klimaaktiv“ eine Kommune auch ist, die Fördermöglichkeiten sind vielseitig. Um Kommunen dabei zu unterstützen, Klimaschutzmaßnahmen zu verwirklichen, fördert die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowohl strategische als auch investive Projekte mit verschiedenen Förderprogrammen – seit 2008 beispielsweise mit der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen. Bislang wurden mit der Kommunalrichtlinie mehr als 12.500 Klimaschutzprojekte in über 3.000 Kommunen gefördert. Möglichkeiten für Kommunen, sich für den Klimaschutz fit zu machen, gibt es zahlreiche: auf LED-Leuchten umsteigen, alte Elektrogeräte und Lüftungsanlagen gegen energiesparende tauschen oder Mobilitätskonzepte entwickeln, die auf ÖPNV-Nutzung, Carsharing oder Radverkehr setzen.

Da Radverkehr ein wichtiger Baustein im Klimaschutz ist, gibt es hierfür spezifische Förderprogramme. Dass Kommunen mehr Raum für klimafreundliche Zweirad-Mobilität brauchen, ist vielerorts offensichtlich. Ob mehr Radwege und Stellplätze mit Ladestationen für Pedelecs oder Radkurier, die Pakete transportieren – im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Klimaschutz durch Radverkehr“ können modellhafte, investive Projekte gefördert werden, welche die Radverkehrssituation in Wohnquartieren, Dorf- oder Stadtteilzentren verbessern. Ziel ist es, Treibhausgasemissionen zu mindern, die Lebensqualität in Kommunen zu verbessern und andere Kommunen zur Umsetzung ähnlicher Projekte zu inspirieren.

Um gute Praxisbeispiele, die Kommunen anregen diese nachzuahmen, geht es auch beim Förderaufruf für kommunale Klimaschutz-Modellprojekte. Denn wie der Name sagt, werden Modellprojekte gefördert, die nicht nur Treibhausgase mindern, sondern deren Ideen auch auf andere Kommunen übertragbar sind. Die Modellprojekte

sollen beispielsweise den Primärenergieeinsatz reduzieren, Effizienzpotenziale nutzen und die Nutzungsbereiche Strom, Wärme und Verkehr effektiv koppeln. Wie immer im kommunalen Klimaschutz ist es auch hier wichtig, relevante, lokale Akteure ins Boot zu holen und sie an den Vorhaben zu beteiligen.



Foto: Elke Postler

Antragstellung

Anträge für die Kommunalrichtlinie können bis zum 31. März 2018 beim Projektträger Jülich (PtJ) gestellt werden. Anträge für die Förderschwerpunkte Klimaschutzmanagement und Energiesparmodelle in Kitas, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Sportstätten sind ganzjährig möglich.

Fragen zur Kommunalrichtlinie beantwortet das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) beim Difu: +49 30 39001-170
skkk@klimaschutz.de.

Ausführliche Infos stehen online bereit: www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen.

Projektskizzen für den Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ können bis zum 15. Mai 2018 eingereicht werden. Aus allen eingegangenen Projektskizzen werden die besten Projekte ausgewählt, für die Anträge gestellt werden können.

Für den Förderaufruf Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte können bis zum 15. April 2018 Projektskizzen eingereicht werden, aus denen ebenfalls die besten Projekte ausgewählt und zur Antragstellung aufgefordert werden.



www.bit.ly/2HaA8wf



Ilka Müller, M.A.
+49 30 39001-185
imueller@difu.de

Intermodaler und multimodaler Verkehr

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt

Multimodaler Verkehr meint die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel für unterschiedliche Wege. Das Auto wird z.B. für Fahrten in der städtischen Peripherie genutzt, und für Wege in das Stadtzentrum wird der öffentliche Verkehr gewählt. Individuelle Kriterien sind ausschlaggebend für die Auswahl des für jeden Weg passenden Verkehrsmittels. Der intermodale Verkehr fokussiert dagegen auf einen Weg, für den verschiedene Verkehrsmittel so kombiniert werden, dass eine aus individueller Sicht optimale Lösung erreicht wird. Beispielsweise wird der Abschnitt von der Wohnung bis zur Stadtbahnhaltestelle mit dem eigenen Fahrrad zurückgelegt, und nach dem Ausstieg aus der Stadtbahn wird für den letzten Abschnitt auf das Angebot eines öffentlichen Fahrradverleihsystems zurückgegriffen.

„Multi- und intermodale Mobilität kommt den hohen Mobilitätsansprüchen der heutigen Zeit entgegen. Sie bieten Flexibilität und sind Schlüssel für ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten.“

Multimodalität und Intermodalität sind zentrale Strategien, damit Verkehr stadtvträglicher wird. Bessere Verknüpfungen und erweiterte Angebote unterschiedlicher Verkehrsmittel haben daher einen hohen Stellenwert: Beispielsweise werden hierzu Car- und Bikesharing-Systeme aufgebaut, Fahrpläne von Bussen und Bahnen aufeinander abgestimmt und kurze Umsteigewege ermöglicht sowie Bike & Ride und Park & Ride realisiert. Die Digitalisierung kann diese Entwicklungen unterstützen, weil Informationen über und der Zugang zu unterschiedlichen Mobilitätsoptionen bzw. ihre Kombination leichter und attraktiver werden, so dass Wege durch die Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel zeitsparender und ressourcenschonender zurückgelegt werden können, als dies beispielsweise bei ausschließlicher Nutzung des eigenen Autos für alle Wege möglich wäre.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.), Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €, ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €, ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €, ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €, ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage
von Martin Zilkens, 2014, 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30 €, ISBN 978-3-88118-536-3

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €, ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €, ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Wirtschaftsflächenplanung wachsender Großstädte **NEU**

Von Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf und Daniel Zwicker-Schwarm
Bd. 4/2018, ca. 80 S., 15 €, in Vorbereitung
ISBN 978-3-88118-614-8

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten **NEU**

Wulf-Holger Arndt und Tobias Klein (Hrsg.)
Bd. 3/2018, ca. 120 S., ca. 18 €, in Vorbereitung
ISBN 978-3-88118-615-5

Ende oder Neustart – Perspektiven der Clusterpolitik **NEU**

Von Dirk Assmann und Jens Libbe
Bd. 2/2018, 86 S., 15 €
ISBN 978-3-88118-613-1

Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen **NEU**

Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben
Holger Floeting, Gudrun Kirchhoff, Henrik Scheller, Jessica Schneider (Hrsg.)
Bd. 1/2018, 220 S., 23 €
ISBN 978-3-88118-588-2

Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement, April 2015, Hannover
Cornelia Rösler (Hrsg.), Bd. 3/2016, 186 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-570-7, **eBOOK** 16,99 €

Wege zu nachhaltiger Mobilität

Ergebnisse aus transnationaler Forschung unter der „Era-net Transport“-Initiative „Stepping Stones“
Jürgen Gies und Uta Bauer (Hrsg.), Bd. 2/2016, 200 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-569-1

Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), Bd. 1/2016, 138 S., 18 €, ISBN 978-3-88118-544-8, **eBOOK** 14,99 €

Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?

Dokumentation der Tagung „kommunal mobil“
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.), Bd. 6/2015, 160 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-548-6, **eBOOK** 16,99 €

★ Difu-Papers

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme **NEU**

Von Jens Libbe und Roman Soike
2017, ca. 24 S., 5 €
➔ www.difu.de/11741

Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren

Kurzfassung der Ergebnisse der Studie
Hrsg. Difu, im Auftrag des BBSR
2017, 28 S., 5 €
➔ www.difu.de/11596

Standortfaktoren für Unternehmen – die kommunale Perspektive **NEU**

Ergebnisse auf Grundlage der Daten des Difu-Projektes „Koordinierte Unternehmensbefragung“
Von Detlef Landua, Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf, 2017, 40 S., 5 €
➔ www.difu.de/11597

Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten **NEU**

Fokus: Schrumpfung und Peripherisierung
Von Elke Bojarra-Becker, Thomas Franke, Martin zur Nedden, 2017, 40 S., 5 €
➔ www.difu.de/11448

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Chronologie: www.difu.de/publikationen

Nach Reihen: www.difu.de/6194

Nach Thema: www.difu.de/publikationen/suche

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwander: www.difu.de/10829

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 3900-1275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwander kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwander auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 1/2018

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

In allen Größen!

Stärkung von Pflegekindern und ihren Familien
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, 192 S., nur online
➔ www.difu.de/11290

Neu Maß nehmen!

Zukunftsperspektiven der Vormundschaft
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 107, 122 S.,
19 €, ISBN 978-3-8811-8-563-9

Was wir alleine nicht schaffen ...

Prävention und Gesundheitsförderung im
kooperativen Miteinander von Kinder- und
Jugendhilfe und Gesundheitswesen
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 106, 248 S.,
19 €, ISBN 978-3-8811-8-562-2

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

Klimaschutz & ländlicher Raum **NEU**

Ideen und Impulse für erfolgreichen
Klimaschutz in ländlichen Kommunen
Difu (Hrsg.), Bearb. Marco Peters
2018, 88 S., kostenlos, in Vorbereitung
➔ www.difu.de/publikationen

OB-Barometer 2017 **NEU**

Difu (Hrsg.), 2018, ca. 4 S., nur online
➔ www.difu.de/11757

Klimaschutz in Kommunen **NEU**

Praxisleitfaden. 3. Aufl. (Ordner mit Lose-
blattsammlung)
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2018, 454 S., kostenlos
ISBN 978-3-88118-585-1
➔ www.bit.ly/2Fzev8y

Impulspapier „Klimaschutz – Schnittstellen und Synergien innerhalb der Kommunalverwaltung“ **NEU**

Veröff. des AK Kommunaler Klimaschutz
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2017, 6 S., nur online
➔ www.difu.de/11677

Klimaangepasste Planung im Quartier Am Beispiel des Ostparks in Bochum – Plan4Change **NEU**

Von Maic Verbücheln u.a., i.A. des BMUB
2017, 72 S., nur online
➔ www.difu.de/11678

Auswirkungen des demografischen Wan- dels auf die kommunale Abfallwirtschaft Leitfaden **NEU**

Von Maic Verbücheln, Josefine Pichl, Susanne
Dähner, Hrsg. Umweltbundesamt
2017, 60 S., nur online
➔ www.difu.de/11607

Parkraumbewirtschaftung – Nutzen und Effekte **NEU**

Von Uta Bauer, Martina Hertel, Stefanie Hanke,
i.A. des Ministeriums für Verkehr Ba-Wü
2017, 32 S., nur online
➔ www.difu.de/11582

Bodenpolitische Agenda 2020–2030 **NEU**

Warum wir für eine nachhaltige und sozial
gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungs-
politik eine andere Bodenpolitik brauchen
Von A. Bunzel, M. zur Nedden, R. Pätzold,
J. Aring, D. Coulmas, F. Rohland
2017, 38 S. (Langfassung), 6 S.
(Eckpunktepapier), nur online
➔ www.difu.de/11558

Fachgespräch „Leitlinien und Handlungs- empfehlungen für mehr Umweltgerech- tigkeit“ **NEU**

16. Juni 2017 im BMUB
Dokumentation
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
71 S., nur online
➔ www.difu.de/11657

30 Jahre Gender in der Stadt- und Regionalentwicklung **NEU**

Erfahrungen und Perspektiven
Von Uta Bauer und Franciska Frölich von
Bodenschwingh
2017, 123 S., nur online
➔ www.difu.de/11513

Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“ **NEU**

Von Thomas Franke u.a., im Auftrag des
Umweltbundesamtes, UBA-Bericht
2017, ca. 300 S., nur online
➔ www.difu.de/publikationen

Ressourcenleichte zukunftsfähige Infra- strukturen – umweltschonend, robust, demografiefest **NEU**

Von Jan Hendrik Trapp u.a., Hrsg. Umwelt-
bundesamt, Reihe Texte | 64/2017
2017, 462 S., nur online
➔ www.difu.de/11475

Geflüchtete in der Sozialen Stadt Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration **NEU**

Von Thomas Franke u.a., Hrsg. Difu
2017, 54 S., nur online
➔ www.difu.de/11395

Beteiligungsverfahren bei umwelt- relevanten Vorhaben

Von Stephanie Bock u.a.
2017, 195 S., UBA-Texte 37/2017, nur online
➔ www.difu.de/11295

Akteure im kommunalen Klimaschutz erfolgreich beteiligen

Von den Masterplan-Kommunen lernen
SK:KK (Hrsg.)
2017, 40 S., kostenlose Printfassung
➔ www.difu.de/11312

Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren

Von Martin zur Nedden u.a., Hrsg. BBSR
2017, 132 S.
➔ www.difu.de/11255

Wasserinfrastrukturen für die zukunfts- fähige Stadt

Jens Libbe u.a. (Hrsg.), 2017, 326 S., nur online
➔ www.difu.de/11310

Kommunales Transformationsmanage- ment für die lokale Wärmewende

Leitfaden
Von Robert Riechel u.a.,
2017, 98 S., vierfarbig, kostenlos
➔ www.difu.de/11268

KfW-Kommunalpanel 2017

Bearb. Henrik Scheller u.a., KfW Bankengruppe
(Hrsg.), 2017, 50 S., nur online
➔ www.difu.de/11243

Baukulturbericht 2016/2017

Stadt und Land
Von Daniela Michalski u.a., Bundesstiftung
Baukultur (Hrsg.), 2016, 168 S., vierfarbig,
kostenloses Printexemplar:
mail@bundesstiftung-baukultur.de
➔ www.difu.de/10968

Zeitschrift

Reich und Arm – Ungleichheit in Städten **NEU**

MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2017, 184 S.
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

Sounds of the Towns

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahreszeitschrift, Heft 1/2017, 192 S.,
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

★ Dokumentationen

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Dorothee Hanke (Bearb.),
2/2017, 142 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/11743

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen **NEU**

Rita Gräber (Bearb.), 2017, 167 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/11701



Foto: Doris Reichel

Ein Difu-Beitritt bietet Städten, Verbänden und Planungsgemeinschaften besondere Vorteile

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Zuwander sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit den Städten sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert.

Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwanderstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Experten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6258

Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin sind die praxisorientierten Difu-Seminare meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwanderstädte werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungsansätze vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Regelmäßige Treffen werden vom Difu – teilweise exklusiv für Zuwander – angeboten.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis zu Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken kommDEMOS und ORLIS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und kostenfrei für Zuwander. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/10829

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu:

➔ www.difu.de/6750



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

**Dipl.-Pol.
Patrick Diekelmann**
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

**Susanne Plagemann,
M.A.**
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

**Dipl.-Geogr.
Luise Adrian**
Fortbildung
+49 30 39001-149
adrian@difu.de

Impressum

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
unter Mitarbeit von Lu Antonia Bose,
Marisol Caamano, Luisa Sophie Müller,
Cornelia Schmidt

Gestaltung/CD

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout

Elke Postler

Fotos

S.18: Dr. Busso Grabow
S.27: Wolf-Christian Strauss
Coverfoto und Fotos ohne Autorenangabe:
www.pixabay.com. Ganz herzlichen Dank
an alle Fotografen sowie an die Plattform
pixabay für die kostenfreie Bereitstellung des
Bildmaterials!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 44/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 15.2.2018

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund
des geringen Platzes verzichten wir darauf,
männliche *und* weibliche Schreibformen zu
verwenden. Sämtliche Personenbezeichnungen
gelten gleichwohl für alle Geschlechter.

Druck

H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier
ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte
an die Difu-Pressestelle.

Allgemeine Info-Angebote im Difu

Presseverteiler

Die Medieninfos informieren über medienrelevante
Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Down-
load auf der Difu-Homepage zur Verfügung.
Andere können als Printexemplare oder eBooks
käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungen

Im Wintersemester findet monatlich die gebühren-
freie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft
der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit
einem anderen aktuellen Thema des Komplexes
„Zukunft der Städte“ befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informieren die Berichte u.a. über
Forschungsergebnisse, neue Publikationen, neue
Projekte, Veranstaltungen – in Printform und online.

➔ www.difu.de/publikationen/difu-berichte

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-Dienst
„Difu-News“ über interessante neue Angebote auf
der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Facebook

Über Facebook postet das Difu nahezu täglich
„teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut –
please follow us!

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-
Zuwenderschaft für Städte und Verbände.
Bitte schicken Sie mir nähere Infos zu.

Name

Stadt/Verband

Straße

Land, PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

integriert und vernetzt

Neues Difu-Projekt zu Integration und Vernetzung von Geflüchteten innerhalb von Städten und Siedlungen gestartet.

integriert und vernetzt



www.difu.de/11576



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dipl.-Soz.
Gudrun Kirchhoff
+49 30 39001-192
kirchhoff@difu.de

Julia Diringer
+49 30 39001-283
diringer@difu.de

Dipl.-Soz.
Detlef Landua
+49 30 39001-196
dlandua@difu.de

dialogisch und prozessbegleitend



www.difu.de/11644



Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de



Foto: Markus Guhl

Gemeinsam mit der Universität Stuttgart untersucht das Difu die sozialräumliche Integration von Geflüchteten sowie neu Zugewanderten und deren Vernetzung in städtischen Nachbarschaften bzw. ländlichen Siedlungen. Das Projekt „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

In verschiedenen Kommunen sind Wohnprojekte entstanden bzw. entstehen, die sich durch einen integrativen Ansatz auszeichnen. Um Konkurrenzsituationen von Wohnungssuchenden entgegenzuwirken, entwickeln Kommunen innovative Lösungswege, um den Zusammenhalt im Gemeinwesen zu stärken. Anhand dieser Leuchtturmprojekte sollen Strategien aufgezeigt werden, wie der soziale Zusammenhalt in Wohngebieten gefördert werden kann. Durch das Projekt soll ein bundesweiter Überblick von Integrations- und Inklusionsprojekten entstehen und eine Bewertung ihrer integrativen Wirkungen sowie der Möglichkeiten der Ausweitung und Übertragbarkeit als neue Modelle des sozialen Wohnens vorgenommen werden. Zur Qualitätssicherung und Positionierung ist die intensive Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Praxis- und Transferpartnern und die Einrichtung eines Projektbeirats vorgesehen. Zudem ist eine kontinuierliche Rückkoppelung der Forschungsbefunde mit der kommunalen Praxis in Form von Workshops und Netzwerktreffen geplant. Die Ergebnisse sollen hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf andere Kommunen geprüft und aufbereitet werden. Projektpartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung und wohnbund e.V.

dialogisch und prozessbegleitend

Wissenschaftliche Begleitung informeller Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Netzausbaus.



Foto: Stephanie Bock

Die Energiewende in Deutschland und der damit verbundene Umbau der Energieversorgung erfordern den Bau neuer Anlagen zur Gewinnung, Speicherung und Übertragung von Energie. Da ihre Umsetzung oft umstritten und die Planungs- und Genehmigungsverfahren meist von Konflikten begleitet werden, entscheiden sich immer mehr Unternehmen für die frühzeitige Durchführung einer informellen Öffentlichkeitsbeteiligung. Allerdings zeigen sich oft Defizite beim verbindlich geregelten Umgang mit den Beteiligungsergebnissen, dem Einbezug eines möglichst repräsentativen Kreises der betroffenen Bürger und einer Reflexion oder Evaluation des Beteiligungsprozesses. Letztere ermöglicht erst, aus den Erfahrungen und Ergebnissen eines Beteiligungsprozesses zu lernen. Daher wird das Difu einen Planungsdialog, den der Übertragungsnetzbetreiber Amprion GmbH im Rahmen der Prüfung auf Teilverkabelung in 2018 durchführen wird, wissenschaftlich begleiten und evaluieren. Die prozessbegleitend und dialogisch ausgerichtete Evaluation ist durch einen multiperspektivischen Ansatz gekennzeichnet. Intensive Wissenschaft-Praxis-Dialoge sind integraler Bestandteil der Evaluation. In einem gemeinsamen Lern- und Forschungsprozess sollen Prozesse und Zusammenhänge wahrgenommen, reflektiert, verstanden und notwendige Veränderungen angestoßen werden. Die Ergebnisse werden regelmäßig in gemeinsamen Reflexionsprozessen diskutiert, um den Planungsdialog gegebenenfalls bereits im Prozess optimieren und nachsteuern zu können. Darüber hinaus wird das Difu Schlussfolgerungen für einen übertragbaren Beteiligungsansatz ableiten, der in anderen Vorhabenplanungen des Unternehmens eingesetzt werden kann.

Kooperativ haushalten

Das Difu evaluiert den Bürgerhaushalt der Stadt Köln zwecks Beteiligungssteigerung und Optimierung künftiger Verfahren.

Kooperativ haushalten



www.difu.de/11690



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

**Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp**
+49 30 39001-242
knipp@difu.de

Transformation realisieren



www.difu.de/11587



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de



Bürgerhaushalte bieten die Möglichkeit, Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Dabei können unterschiedliche Perspektiven der Stadtgesellschaft bei der Realisierung von politischen Maßnahmen in den komplexen Prozess der Aufstellung des kommunalen Haushalts integriert und so auch die Akzeptanz für politische Mehrheitsentscheidungen erhöht werden. Auch Köln nutzt das Instrument des „Bürgerhaushalts“, um einen stadtübergreifenden Diskurs zu finanz- und haushaltspolitisch relevanten Themen anzuregen. In vielen Kommunen fehlt den Bürgerhaushalten noch eine breite Verankerung in der Bürgerschaft. Unzureichende Informationen über diese Mitwirkungsmöglichkeit sowie fehlende Rückkopplungen und Kommunikation über die Ergebnisse sind einige der Gründe für eine zurückhaltende Beteiligung. Dies hat auch zur Folge, dass gut organisierte Interessengruppen ihre Partikularinteressen durchsetzen. So stehen die vorgeschlagenen Projekte oft nur für einen kleinen Ausschnitt der Interessen der Bürgerschaft. Auch in Köln sind die Teilnehmerzahlen und die Anzahl der Vorschläge seit der Durchführung des ersten Kölner Bürgerhaushalts im Jahr 2008/2009 gesunken. Erst seit 2016 kehrte sich der Trend wieder um. Zudem streben Politik und Verwaltung eine noch breitere Beteiligung an. Daher wurde das Difu mit der Evaluierung des Bürgerhaushalts beauftragt. Dazu sollen Stärken und Schwächen des Verfahrens erfasst und bewertet werden, um daraus mögliche Verbesserungen für künftige Verfahren abzuleiten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Nutzerfreundlichkeit, Transparenz und Barrierefreiheit sowie Möglichkeiten zur Standardisierung und zur besseren Einpassung in formaldemokratische Verfahren.

Transformation realisieren

Difu untersucht in Kooperation mit dem Öko-Institut im Auftrag des BBSR praxistaugliche Transformationsmodelle.



Gegenwärtig geführte Debatten über die notwendige sozialökologische Transformation in den Städten sind meist sehr abstrakt und im globalen Kontext. Oft geht es dabei um Städte oder Quartiere als Experimentierräume bzw. „Reallabore“ zur Erprobung von Modellen für größere Transformationen. Denn mit Blick auf die Auswirkungen von Megatrends wie Klimawandel und Digitalisierung sowie die Knappheitsbedingungen der öffentlichen Haushalte wächst auch in den Städten die Notwendigkeit für eine weitreichende Umstellung der sozio-technischen Systeme der Energie- und Wasserversorgung, der baulichen und technologischen Infrastrukturen oder der Verkehrssysteme. Voraussetzung für derart umfassende Einschnitte sind – neben technischer Expertise – vor allem analytisches und gestalterisches Wissen über Transformationsprozesse sowie die Neuausrichtung politischer Entscheidungsstrukturen und Mechanismen, mit denen sich gesellschaftliche Akzeptanz und „Transformationsbereitschaft“ bei den Menschen vor Ort erzielen lassen. Daher wird in dem Forschungsvorhaben untersucht, wie mit dem recht neuen konzeptionellen Transformationsanspruch reale Transformationsnotwendigkeiten in entsprechenden Programmen und Maßnahmen (gesetzlich) abgebildet, kommuniziert und unter Berücksichtigung eingeschränkter Planungs- und Steuerungskapazitäten sowie der Haushaltsrestriktionen von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt werden können. Ziel ist die Entwicklung einer transformativen Stadtumbaustrategie mit Handlungsempfehlungen für Bund und Länder, die z.B. Vorschläge zur Modifizierung der bestehenden Programmstruktur der Städtebauförderung enthält und damit einen Beitrag zur Initiierung notwendiger urbaner Transformationsprozesse leistet.

Klima schützen, Werte schaffen

Difu und IÖW entwickeln im Auftrag des BMUB Wertschöpfungsmodelle zur Kommunikationsunterstützung.

Klima schützen,
Werte schaffen



www.difu.de/11586



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dipl.-Ing.

Christine Krüger
+49 30 39001-239
krueger@difu.de



Studien belegen, dass es finanzschwachen Kommunen deutlich schwerer als finanzstärkeren Städten und Gemeinden fällt, Klimaschutzmaßnahmen erfolgreich umzusetzen. Dabei verbessern Investitionen in den Klimaschutz nicht nur die kommunale CO₂-Bilanz. Sie entfalten auch positive ökonomische und direkte öffentliche Einspar- und/oder Einnahmeeffekte. So sorgen beispielsweise investive Maßnahmen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien für eine Reduktion kommunaler Energiekosten, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Erzielung von Unternehmensgewinnen und damit verbundene Steuermehreinnahmen. Oft fehlt es jedoch an einem Dialog zwischen Kommunen und Kommunalaufsichtsbehörden der Länder, um Klimaschutzmaßnahmen trotz geltender Haushaltsrestriktionen umzusetzen. Zudem besteht Diskussionsbedarf über die Interpretation der bestehenden Haushalts- und Gemeindeordnungen. Darüber hinaus fehlt es vielen Kommunen – neben Planungskapazitäten – an Informationen zu positiven Wertschöpfungseffekten von Klimaschutzmaßnahmen sowie Finanzierungsmodellen, um solche Vorhaben haushalterisch planen zu können. Das durch das Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) geförderte Vorhaben zielt auf einen Abbau haushalts- und vergaberechtlicher Hemmnisse, die die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen finanzschwacher Kommunen behindern. Dazu werden u.a. leicht verständliche Argumentations- und Berechnungshilfen erstellt und Workshops mit Vertretern finanzschwacher Kommunen und Aufsichtsbehörden der Länder durchgeführt, um Bund und Ländern Handlungsempfehlungen zu geben.

Synergien nutzen,
Wissen vermitteln



www.difu.de/11588



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Synergien nutzen, Wissen vermitteln

Innovative, disziplinenübergreifende Erkenntnisse der Zukunftsstadt nutzbringend für die Kommunen einsetzen.



Das Difu führt gemeinsam mit dem ISOE-Institut für sozial-ökologische Forschung sowie der Kommunikationsagentur GRÖSCHEL Branding GmbH das Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z) durch. SynVer*Z zielt auf eine gleichermaßen inhaltliche, organisatorische, politikberatende wie kommunikative Unterstützung der Forschungsförderung des BMBF rund um die Leitinitiative Zukunftsstadt mit den Fördermaßnahmen „Forschung für klimaresiliente, sozialökologisch gerechte und lebenswerte Städte“ und „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“. Das Vorhaben soll die Vernetzung und thematische Vertiefung zwischen den Projekten der Förderinitiativen sowie zwischen einzelnen Fördermaßnahmen stärken und an der Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis innovative, projektübergreifende Ergebnisse und Lösungsstrategien in die Kommunen hineinbringen. Vernetzung, Synthese, Wirkungsabschätzung und Transfer erfolgen im Zusammenwirken mit Forschungsverbänden, Vernetzungsprojekten einzelner Fördermaßnahmen, der Geschäftsstelle der Innovationsplattform Zukunftsstadt, dem DLR Projektträger und dem BMBF. Die Aufgabe umfasst den Austausch zwischen Projekten über unterschiedliche Veranstaltungsformate, die Entwicklung einer geeigneten Messmethodik insbesondere in Hinblick auf den gesellschaftlichen bzw. kommunalen Impact, die Synthetisierung der in den Projekten aufgezeigten Lösungswege, den Austausch im Rahmen von und mit europäisch und international vergleichbaren Aktivitäten sowie die Wirkungsverstärkung der Forschungsförderung über die strategische und operative Umsetzung eines geeigneten Kommunikationskonzepts.

Innovation anstoßen

Die Kanzlei Becker Büttner Held und das Difu erarbeiten Studie zu rechtlichen Fragen der digitalen Transformation.

Innovation anstoßen



www.difu.de/11683



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Das von der Kanzlei Becker Büttner Held unter der Mitwirkung des Difu durchgeführte Vorhaben hat zum Ziel, aktuelle rechtliche Fragen der digitalen Transformation in Kommunen zu beleuchten. Anhand einer Analyse von Gesetzen und vertraglichen Regelungen sowie guten kommunalen Beispielen sollen praktische Handlungsempfehlungen und Lösungswege für die Kommunen entwickelt werden.

Hintergrund des Projekts ist die im Juni 2017 veröffentlichte „Smart City Charta“, in der Potenziale wie auch Risiken der städtischen Digitalisierung dargestellt und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige digitale Transformation der Kommunen entwickelt wurden. In der Charta wird unter anderem eine Überprüfung des regulatorischen Rahmens empfohlen, da sowohl das Gemeindegewirtschafts- als auch das Vergaberecht oft als Hindernis für neue Kooperationsformen und Geschäftslösungen genannt werden. Mögliche Hemmnisse sollen daher identifiziert und Lösungswege aufgezeigt werden.

Die federführend von der Kanzlei Becker Büttner Held durchgeführte Studie wird durch das Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) gefördert.

Fahrradstraßen gestalten



www.difu.de/11731



Dipl.-Geogr.
Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Sebastian Bührmann
M.A., PBD Urb.
(Canada)
+49 30 39001-108
buehrmann@difu.de

Fahrradstraßen gestalten

Das Difu entwickelt mit der Bergischen Universität Wuppertal einen Leitfaden für die Gestaltung von Fahrradstraßen.



Foto: Tobias Klein

Fahrradstraßen sind ein wichtiges Element durchgängiger Radverkehrsnetze. Sie können als bedeutender Teil von Radschnellverbindungen eingesetzt werden. Damit schaffen Kommunen auf gebündelten Routen verbesserte Bedingungen für Radfahrende – Komfort, Sicherheit und Reisegeschwindigkeit werden erhöht.

Derzeit gibt es unterschiedliche Ausgestaltungen von Fahrradstraßen. Je nach Beispiel sind die Bedingungen für Radfahrende sehr verschieden. Dies wirkt sich auf die Attraktivität und die (gefühlte) Verkehrssicherheit aus. Es fehlen z.B. noch Vorgaben zu einer einheitlichen und wiedererkennbaren Ausgestaltung von Fahrradstraßen.

Ziel eines vom BMVI geförderten Projekts ist daher der fachliche Austausch zwischen Planenden aus Kommunen, die Analyse von Praxisbeispielen und die Ableitung von Handlungsempfehlungen. In Kommunen unterschiedlicher Größe werden vorhandene Fahrradstraßen analysiert. Durch Workshops und Experteninterviews sollen die wichtigsten Maßnahmen zur erfolgreichen Umsetzung von Fahrradstraßen identifiziert werden. Das Difu wird dabei unter anderem die Umsetzungsprozesse bei der Einführung von Fahrradstraßen analysieren.

Ein für 2020 zur Veröffentlichung geplanter Leitfaden soll Kommunen und Planende bei der Einrichtung von Fahrradstraßen unterstützen und praxisnahe Beispiele zur Umsetzung präsentieren. Damit soll langfristig zu einer hohen Qualität und besseren Wiedererkennbarkeit von Fahrradstraßen beigetragen werden. Das Difu kooperiert in dem Projekt mit der Bergischen Universität Wuppertal.



Veranstaltungsvorschau

1. März in Bad Segeberg

SK:KK vor Ort:

Förderwissen für den Klimaschutz

➔ www.difu.de/11740

1. März 2018 in Münster

Fahrradparken – Bewährte Konzepte und innovative Entwicklungen

➔ www.difu.de/11535

1.–2. März 2018 in Berlin

Wiederholung: Wirtschaftsförderung 4.0 – Herausforderungen, Strategien, Trends

➔ www.difu.de/11483

1.–2. März 2018 in Berlin

Fachtagung Verwaltung trifft Beteiligung. Zwischen Amt und Bürgerinnen/Bürgern: Krisen und Chancen

➔ www.difu.de/11658

7. März 2018 in Ulm

Fahrradparken – Bewährte Konzepte und innovative Entwicklungen

➔ www.difu.de/11533

8.–9. März 2018 in Berlin

Perspektivplanung in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen und Hilfen zur Verselbstständigung – Erfahrungsaustausch des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“

➔ www.difu.de/11717

19.–20. März 2018 in Berlin

Wiederholung: Schulentwicklung auf dem Prüfstand. Herausforderungen, Handlungsbedarfe und Gestaltungsempfehlungen

➔ www.difu.de/11572

21. März 2018 in Berlin

Difu-Dialog: Wie wird das „wachsende“ Berlin zur wassersensiblen Stadt?

➔ www.difu.de/11522

21. März 2018 in Augsburg

Sicherer Radverkehr – Grundlagen und Praxisbeispiele

➔ www.difu.de/11530

9.–10. April 2018 in Stuttgart

23. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement

Fokus: Energiewende konkret!

➔ www.difu.de/11566

11. April 2018 in Düsseldorf

Sicherer Radverkehr – Grundlagen und Praxisbeispiele

➔ www.difu.de/11531

11. April 2018 in Berlin

Difu-Dialog: Polizei, Poller, Prävention: Was kann man für die Sicherheit in Städten tun?

➔ www.difu.de/11524

12.–13. April 2018 in Berlin

Ehrensache: Integrität – Maßnahmen zur Sicherstellung rechtmäßigen Verwaltungshandelns.

➔ www.difu.de/11487

17. April 2018 in Erfurt

Sicherer Radverkehr – Grundlagen und Praxisbeispiele

➔ www.difu.de/11532

23.–24. April 2018 in Berlin

Infrastruktur generationsgerecht finanziert – Langfristige Infrastruktur- und Finanzplanung im „Konzern Stadt“

➔ www.difu.de/11489

24. April 2018 in Oldenburg

Sicherer Radverkehr – Grundlagen und Praxisbeispiele

➔ www.difu.de/11529

26. April 2018 in Berlin

Ticken kleine Städte anders? Stadtentwicklung und Integrationspolitik in Klein- und Mittelstädten

➔ www.difu.de/11665

14.–15. Mai 2018 in Berlin

Wohnen auf kleinem Raum – Wenn die Preise steigen, schrumpfen die Grundrisse

➔ www.difu.de/11491

16. Mai 2018 in Mannheim

SK:KK- Fachaustausch: Länderübergreifendes Netzwerktreffen der kommunalen Klimaschutzmanager/innen

➔ www.difu.de/11736

17.–18. Mai 2018 in Berlin

Neue Bussysteme in Stadt und Land – Vom Aschenputtel zur Königin des ÖPNV?

➔ www.difu.de/11493

31. Mai–1. Juni 2018 in Berlin

Kommunale Transformation – Infrastrukturen im Umbruch

➔ www.difu.de/11477

4.–5. Juni 2018 in Berlin

Jahrestreffen der Difu-Zuwender. Exklusiv-Veranstaltung für Difu-Ansprechpartner/innen

➔ www.difu.de/11746

5.–6. Juni 2018 in Baunatal

Radverkehr ganz groß in Klein- und Mittelstädten (mit Exkursionselement)

➔ www.difu.de/11539

6.–8. Juni 2018 in Koblenz

48. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

➔ www.difu.de/11496

7.–8. Juni 2018 in Dessau-Roßlau

Kommunal mobil – Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

➔ www.bit.ly/2siCKER

7.–8. Juni 2018 in Berlin

Globale Nachhaltigkeitsziele – Die Rolle der Kommunen

➔ www.difu.de/11498

12.–13. Juni 2018 in Oberhaching

Radverkehr ganz groß in Klein- und Mittelstädten (mit Exkursionselement)

➔ www.difu.de/11538

14.–15. Juni 2018 in Berlin

Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe: Koalitionsvertrag und Weiterentwicklung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe – Praxisauswirkungen

➔ www.bit.ly/2CgJKh

18.–19. Juni in Berlin

Grüne Dächer und vertikales Grün – Potenziale, Strategien, Instrumente

➔ www.difu.de/11500

20.–21. Juni 2018 in Berlin

Neue Mobilitätskonzepte – Technischer Hype versus Praxistauglichkeit

➔ www.difu.de/11502

27.–28. Juni 2018 in Brühl

Radverkehr ganz groß in Klein- und Mittelstädten (mit Exkursionselement)

➔ www.difu.de/11537

22.–23. November 2018

Forum Deutscher Wirtschaftsförderer

➔ www.difu.de/11637

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell im Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Fortbildungssekretariat:

+49 30 39001-258/-259/-148
fortbildung@difu.de

Schulentwicklung in den Kommunen auf dem Prüfstand

In einem Seminar vom Deutschen Institut für Urbanistik und des Deutschen Städtetags wurde über Herausforderungen, Handlungsbedarf und Gestaltungsempfehlungen einer integrierten Schulentwicklungsplanung diskutiert.

Die wieder ansteigenden Schülerzahlen verändern erneut die Rahmenbedingungen für die Schulentwicklungsplanung. Um auch künftig die bedarfsgerechte Gestaltung der Schullandschaft sicherstellen zu können, favorisieren immer mehr Kommunen das Konzept der integrierten Schulentwicklungsplanung. Im Rahmen eines vom Difu in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag durchgeführten Seminars zur Schulentwicklungsplanung tauschten die Teilnehmenden ihre Erfahrungen aus.

Der Zuzug von Flüchtlingskindern und der Anstieg der Geburtenrate führen in vielen Regionen vor allem in Grundschulen wieder zu einem signifikanten Anstieg der Schülerzahlen. Mancherorts sind die Grundschulen bereits am Rande ihrer Aufnahmekapazitäten angelangt. Auch an vielen weiterführenden Schulen sind die Klassenstärken häufig ausgereizt und neue Züge können aufgrund fehlender Räumlichkeiten nicht aufgebaut werden. Darüber hinaus stellen der ohnehin steigende Bedarf an Ganztagsbetreuung, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulbereich und die Digitalisierung des Lehrens und Lernens die Kommunen bei der Schulentwicklungsplanung vor zusätzliche Herausforderungen.

Unter Einbeziehung anderer Fachbereiche der Kommunalverwaltungen wie Jugend, Stadtentwicklung, Wohnen und Soziales werden zunehmend Pläne zur Erweiterung der Schulinfrastruktur und zur kurzfristigen Einrichtung neuer Schulstandorte und deren Erreichbarkeit mit dem ÖPNV erstellt und teilweise auch versucht, in Kooperation mit Nachbarkommunen umzusetzen.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf leitete bereits im Jahre 2007 den Wechsel von eher anlassbezogenen Kooperationen zwischen Jugend- und Schulverwaltungsamt zu einer integrierten Planung ein. Im ersten Schritt wurde eine gemeinsame Datengrundlage geschaffen, auf deren Basis gemeinsame Projekte umgesetzt wurden. In den folgenden Jahren wurde dieses Modell um weitere Bildungspartner erweitert. Dies führte in der Folge u.a. dazu, dass unterschiedliche Handlungsmaßnahmen besser verstanden wurden, Netzwerkstrukturen verstetigt und gelungene Projekte in Regelstrukturen überführt werden konnten.



Eines der wichtigsten Ziele bei der interkommunalen Zusammenarbeit in der Schulentwicklungsplanung ist das Bestreben, die Auslastung der Schulen zu verbessern. Bundesweit besteht keine Verpflichtung zur Zusammenarbeit, doch sieht bspw. das Schulgesetz NRW vor, dass Schulträger eine mit den Planungen benachbarter Schulträger abgestimmte Schulentwicklungsplanung betreiben. Die Kommunen sollen dazu auf dem Gebiet der Schulentwicklungsplanung zusammenarbeiten und aufeinander Rücksicht nehmen. Dabei wird den Trägern öffentlicher Schulen selbst überlassen, auf welche Weise und mit welcher Intensität sie die regionale Abstimmung und Zusammenarbeit durchführen. Wünschenswert ist jedoch das Entstehen echter Planungsgemeinschaften, in denen die Beteiligten vertrauensvoll zur Bewältigung schulentwicklungsplanerischer Aufgaben zusammenarbeiten.

In den Diskussionen während des Seminars bestand ein breiter Konsens über die Notwendigkeit integrierter und regionaler Schulentwicklungsplanung. Allerdings wurden auch Grenzen und Schwächen angesprochen. So etwa die Sorge, bei der Zusammenarbeit die Selbstbestimmung zu verlieren, oder die Befürchtung, dass zu viele Fachbereiche in die Planung integriert werden und den Prozess dadurch überfrachten. Soll allerdings auch künftig eine bedarfsgerechte Schulinfrastruktur bereitgestellt werden, dann ist es unabdingbar, diese Hemmnisse zu überwinden. Die bisherigen Positivbeispiele geben Anlass zu der Hoffnung, dass dies gelingen kann.



www.difu.de/11565



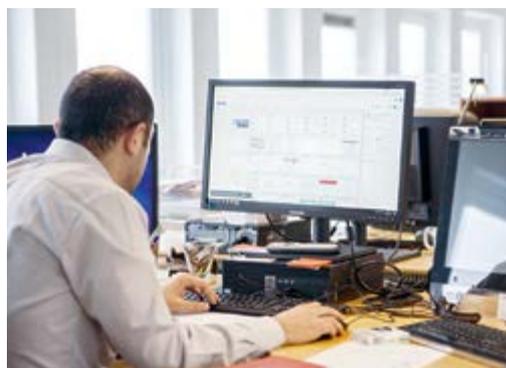
Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp
+49 30 39001-242
knipp@difu.de

Umgang mit dem Fachkräftemangel in der Kommunalverwaltung

Teilnehmende eines gemeinsamen Seminars von Difu, der Stadt Wolfsburg und dem Fachkräftebündnis Süd-Ost-Niedersachsen erörterten Auswirkungen und potenzielle Möglichkeiten zur Lösung des Fachkräftemangels.

Die Besetzung offener Stellen mit Fachkräften wird auch in Kommunalverwaltungen immer schwieriger. Um weitere Leistungseinschränkungen zu vermeiden, ist eine verstärkte Umsetzung des strategischen Personalmanagements unabdingbar. Dies wurde im Rahmen eines Seminars zum Fachkräftemangel deutlich, das das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit der Stadt Wolfsburg und dem Fachkräftebündnis Süd-Ost-Niedersachsen durchführte.

Was sich lange ankündigte, ist mittlerweile Realität: Auch im öffentlichen Dienst reichen die bisher eingeleiteten Maßnahmen für eine zukunftssichere und -sichernde Personalpolitik nicht mehr aus. Die Folgen werden für die Bürger, beispielsweise im Gesundheits- und Sozialwesen, immer häufiger spürbar. Die konsequente Umsetzung bisher gewonnener Erkenntnisse zur Attraktivitätssteigerung der Kommunalverwaltung als Arbeitgeber bilden eine gute Ausgangslage, um diese Entwicklung zu verlangsamen – mehr jedoch nicht. Dazu gehören beispielsweise interkommunale Kooperationen bei personalpolitischen Fragen oder die Mobilisierung des Potenzials der rasch wachsenden Bevölkerungsgruppe von Menschen im Alter von Mitte 50 und älter.



Als strategisch hilfreich hat sich in der Praxis erwiesen, dass sich die Verantwortlichen vor Beginn der Personalakquise mit den Erwartungen auseinandersetzen, die der heute auf den Arbeitsmarkt drängende Fachkräftenachwuchs an seinen Beruf stellt. So hat der Wunsch nach Berücksichtigung einer Lebensphasenorientierung weitaus größere Bedeutung als bisher. Das Streben nach einer Festanstellung bis zur Rente ist zugunsten eines

aktiven Umgangs mit Wahlmöglichkeiten und dem Ausloten vorhandener Optionen gewichen – mit der Konsequenz geringerer Verweildauern in erreichten Funktionen und Positionen. Auch in der öffentlichen Verwaltung wird man sich darauf einstellen müssen, dass Hierarchien stärker in Frage gestellt und immer seltener akzeptiert werden. Erst dann, wenn es den Personalverantwortlichen gelingt, sich auf diese Erwartungen einzustellen, erscheinen eigene Ausbildungsangebote und Anpassungsqualifizierungen, flexible Einstellungsverfahren, die unbefristete Übernahme von Berufspraktikanten, Hospitationen, Bewerbungstage an Berufsfachschulen, die stärkere Ermöglichung von Quereinstiegen und Akquiseaktivitäten im Ausland sinnvoll.

Auch verwaltungsinterne Initiativen sollten bei der Sicherstellung eines ausreichenden Fachkräfteeinsatzes in Betracht gezogen werden. Sie reichen von einem gut strukturierten Einarbeitungsmanagement, über unterschiedliche Varianten zur Flexibilisierung sowohl der Arbeitszeit als auch des Arbeitsorts bis zu klaren Regelungen für den reibungslosen Übergang beim Ausscheiden von Mitarbeitern, um Wissensverluste zu minimieren.

Nicht weniger notwendig ist die Entwicklung innovativer Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung. So haben die Diskussionen im Seminar gezeigt, dass (interne) fachübergreifende Fortbildungen, weiterqualifizierende Maßnahmen (z.B. vom Erzieher zum Heilpädagogen), verstärkte Bemühungen auf dem Gebiet der Führungskräfteausbildung und die Gründung (über)regionaler Fortbildungnetzwerke durchaus erfolgreich sein können. Aus Sicht vieler Kommunen sind zudem eine Liberalisierung und/oder Vereinfachung der Ausbildung sowie eine Öffnung der berufsbildenden Schulen wünschenswert. Einen Königsweg zur Lösung des Fachkräftemangels gibt es nicht, doch erscheinen die hier genannten Möglichkeiten geeignet, zumindest mittelfristig Entlastung bei der Gewinnung qualifizierten Personals zu schaffen.



www.difu.de/11352



Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp
+49 30 39001-242
knipp@difu.de

Kommunen und Forschung erproben neue Wege

„Kommunen innovativ“: Neue Kooperationen zwischen Kommunen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft geben neue Impulse für die Zukunft im demografischen Wandel.

Die BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ zielt darauf, Kommunen als Initiatorinnen, Partnerinnen und Adressatinnen von Forschung und Innovation für eine nachhaltige und demografiefeste Entwicklung der Regionen in Deutschland zu stärken. Neue Kooperationen von Kommunen mit Wissenschaft, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollen neue Impulse für die Zukunft im demografischen Wandel setzen. Rund 200 Vertreterinnen und Vertreter aus 30 geförderten Verbundvorhaben folgten am 19. und 20. September 2017 der Einladung des wissenschaftlichen Begleitvorhabens „KomKomIn“ ins Bürgerhaus Hamburg-Wilhelmsburg. Im Mittelpunkt der Fachkonferenz „Kommunen innovativ“ standen die Vernetzung und der inhaltliche Austausch über Projekte, zu denen bereits Zwischenergebnisse vorlagen, und über frisch gestartete Projekte. In unterschiedlichen Formaten ging es darum, thematische Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zu identifizieren, gemeinsam zu diskutieren und Perspektiven für mögliche Kooperationen zu entwickeln. Das Difu unterstützt die Fördermaßnahme als wissenschaftliches Begleit-, Vernetzungs- und Transfervorhaben „KomKomIn“ in Kooperation mit dem Institut Raum & Energie.



Foto: Kjell Kantak

Die Zielsetzung von „Kommunen innovativ“ griff Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts, in seinem einführenden Vortrag auf. Er hob die besondere Herausforderung hervor, die kommunale Transformationsprozesse für Wissenschaft und Praxis darstellen, und verwies auf die Konsequenzen, die der daraus abgeleitete Anspruch an Transdisziplinarität für eine produktive

Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis hat. In dem Diskussionspanel „Kommunale Praxis trifft Wissenschaft – Wissenschaft trifft kommunale Praxis“ vertieften die Teilnehmenden aus Kommunen, der Wissenschaft und vom Projektträger Jülich die notwendigen Schlussfolgerungen für die Zusammenarbeit in Fördermaßnahmen wie „Kommunen innovativ“. Deutlich wurde, dass die Kooperation von Wissenschaft und Kommune kein Selbstläufer ist, sondern immer wieder neu reflektiert werden müsse. Gefordert wurde, den Mehrwert dieser Kooperationen für beide Seiten noch deutlicher zu kommunizieren. Dies ist auch eine Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung durch das Difu.

Ein zentrales Anliegen im Rahmen der Fachkonferenz waren Information, Austausch und die Vernetzung der Verbundvorhaben. Ein „Marktplatz der Projekte“ bot hierfür den geeigneten Rahmen. Dieser bot den Teilnehmenden die Gelegenheit, die 30 Verbundvorhaben kennenzulernen, sich einen Überblick über die bearbeiteten Themen und Modelle zu verschaffen und mit Beteiligten anderer Projekte ins Gespräch zu kommen.

In Arbeitsforen zu den vier Fokusthemen „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“, „Innenentwicklung mit neuen Instrumenten“, „Partizipation und Innovation in Reallaboren“ sowie „Datenmanagement und Entscheidungstools“ wurde der thematische Austausch vertieft. Auf der Grundlage der Vorstellung ausgewählter Projektideen und erster Ergebnisse wurden weiterführende Handlungsmöglichkeiten und Erfolgsfaktoren, aber auch Themen für den weiteren Erfahrungsaustausch diskutiert.

Im Abschlusspanel „Blick nach vorn – Erwartungen und Empfehlungen an „Kommunen innovativ“ betonten die Teilnehmenden aus den Projekten, die neu zum Netzwerk „Kommunen innovativ“ hinzugekommen waren, die anregende Vielfalt der in den geförderten Projekten behandelten Modelle und Themen. Sie hoben vor allem den intensiven Austausch untereinander als besonderen Gewinn der Veranstaltung hervor. Die nächste Fachkonferenz ist im Herbst 2018 geplant und wird den Fokus auf die Vorstellung der Zwischenergebnisse richten.



www.bit.ly/2EWCFIz



Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Handlungsoptionen für den ÖPNV bei schwacher Nachfrage

ÖPNV-Angebote funktionieren auch in nachfrageschwächeren Räumen: Dazu bedarf es guter Konzepte, zielgruppenorientiertem Marketing und einer informierten Politik, die für ÖPNV-Probleme sensibilisiert ist und gute innovative Praxislösungen kennt.

In einem Difu-Seminar am 28. und 29. September 2017 in Berlin ging es um die Optimierung von ÖPNV-Angebotsformen außerhalb nachfragestarker großstädtischer Zentren: Mit welchen Handlungskonzepten und Angebotsstrategien lässt sich in Räumen mit schwacher Nachfrage ein passendes und gleichermaßen finanzierbares wie attraktives ÖPNV-Angebot schaffen? Dieser Leitfrage gingen die Refererierenden des Seminars nach. Vorgestellt wurden Konzepte, die bereits einen längeren Praxistest durchlaufen haben, aber auch neue Modelle, deren Umsetzung noch am Anfang steht. Zu den innovativen neuen Mobilitätskonzepten zählt beispielsweise „Garantiert mobil!“ im Odenwaldkreis. Durch die Integration von Mitnahmefahrten in den ÖPNV und das neue Produkt „taxOMobil“ wird die Verfügbarkeit des ÖPNV aus klassischem Linienverkehr und flexiblen Angebotsformen deutlich erhöht. Im Odenwaldkreis sind die Mitnahmefahrten in den ÖPNV-Tarif integriert, wodurch die Intermodalität für den Fahrgast erleichtert wird, allerdings im Vorfeld rechtliche Hürden zu überwinden waren.



Foto: Jürgen Gies

Neu ist auch der Qualitätssprung in der ÖPNV-Erschließung, den das Modellprojekt „Muldenal in Fahrt“ für einen Teil des Landkreises Leipzig bringt. Kernelemente des Konzepts nach Realisierung aller Umsetzungsstufen sind neue Regionallinien und Stadtbusverkehre, die sich durch einen integralen Taktfahrplan, attraktive Verknüpfungen mit dem Schienenverkehr und ein dichtes Haltestellennetz auszeichnen.

Im Landkreis Hameln-Pyrmont startete 2017 eine umfassende ÖPNV-Reform. Die Tarifstruktur

wurde vereinfacht und der Fahrpreis im Schnitt um 36 Prozent gesenkt. Das Angebot wurde um durchschnittlich 15 Prozent ausgeweitet, so dass gleichzeitig zum günstigeren Tarif sogar noch die ÖPNV-Verfügbarkeit gestiegen ist. Ein wichtiges Motiv für die ÖPNV-Offensive ist die Attraktivität als Wohnstandort zu erhalten. Ebenfalls in Niedersachsen liegt der Landkreis Vechta. Weil der ÖPNV nur auf den Schülerverkehr ausgerichtet war, wurde das neue vollflexible Rufbusangebot moobil+ mit einem dichten und einfachen wie auch günstigen Tarif ins Leben gerufen. Zu moobil+ gibt es umfangreiche Marketing-Aktivitäten: In allen Kommunen des Landkreises Vechta gibt es ehrenamtliche moobil+-Berater, die Einwohner über das Angebot vor Ort informieren. Künftig sollen weitere Informationspunkte erschlossen werden, wobei hier beispielsweise an Arztpraxen und Bäckereien gedacht wird.

Für den Kombibus in der Uckermark ist die Förderung der lokalen Wirtschaft eine wichtige Zielsetzung. Der Kombibus kombiniert Personenverkehr und Gütertransport. Er bietet Güterbeförderung beispielsweise für regionale Produkte und den Tourismus, für die sich mangels wirtschaftlicher Attraktivität kein Anbieter findet. Eine Voraussetzung für den Kombibus ist die „Überplanung“ des Netzes nach den Grundsätzen des integralen Taktfahrplans, damit nicht nur Fahrgäste, sondern auch Güter „umsteigen“ können.

Das Difu-Seminar hat gezeigt, dass viele interessante Konzepte für den ÖPNV auch außerhalb nachfragestarker Großstädte verfolgt werden. Für den dauerhaften Erfolg dieser Angebote ist es nicht nur wichtig, die Fahrgäste zu erreichen, sondern die Notwendigkeit eines gut funktionierenden ÖPNV auch als Aufgabe der politischen Gestaltung zu verankern.



www.difu.de/11541



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Personenbeförderungsgesetz: Neue Normen für neue Mobilitätsangebote?

Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Verbände diskutierten im Difu-Brennpunktseminar im November 2017 mit Blick auf das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) die Notwendigkeit rechtlicher Anpassungen oder gar einer Reform.



Neben den bereits länger diskutierten vergaberechtlichen Fragestellungen sind in jüngster Zeit neue Kontroversen um Regelungen des PBefG entstanden, da durch die Digitalisierung neue Angebote zur Personenbeförderung auf die Straßen drängen. Zu nennen sind hier insbesondere „Ridesharing-Systeme“, bei denen Fahrtwünsche gebündelt werden, mit dem Komfortmerkmal der Haustürbedienung. Mit diesen neuen Konzepten verbinden sich große Erwartungen: Sie sollen den Verkehr nachhaltiger machen und Deutschland zu einem Vorreiter eines durch clevere Algorithmen optimierten Verkehrs. Diese neuen Angebote stehen zwischen ÖPNV und Taxiverkehr, welche aufgrund ihrer Pflichten zur Erfüllung öffentlicher Verkehrsinteressen einen besonderen Schutz genießen. Kritisiert werden die Regelungen des Mietwagenverkehrs – Rückkehrpflicht zum Betriebssitz nach einem Fahrauftrag sowie die Annahme von Aufträgen nur am Betriebssitz – da sie als Hürden für neue Mobilitätsangebote wahrgenommen werden.

Experten aus Beratungsunternehmen und Anwaltskanzleien, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, dem Deutschen Städtetag sowie Anbieter neuer Mobilitätsformen gaben wichtigen Input für die Seminarteilnehmenden in der Diskussion um Chancen und Risiken einer Novellierung des PBefG.

In den Vorträgen und Diskussionen wurde deutlich, dass bei Änderungen an den Regelungen des PBefG Vorsicht geboten ist, sollen „Kollateralschäden“ vermieden werden. Weil die tatsächlichen

Effekte neuer Mobilitätslösungen auf Angebot und Nachfrage beim gegenwärtigen Wissensstand kaum abzuschätzen sind, regte Dr. Jan Werner von KCW vor einer Novellierung eine stärkere Nutzung der Experimentierklausel (§ 2 Abs. 7 PBefG) an, um so Erfahrungen sammeln zu können. Dr. Bastian Wick vom BMVI hob hervor, dass das Ministerium die Chancen der Digitalisierung für neue Angebote nutzen wolle, jedoch bei einer Präzisierung des PBefG den Daseinsvorsorgeauftrag und die ländlichen Räume nicht aus dem Blick verlieren werde.

Für die Arbeit der kommunalen Aufgabenträger sind nach wie vor vergaberechtliche Fragen sehr wichtig. Schwerpunktthema des Seminars waren daher auch die Fallstricke und Handlungsoptionen einer Direktvergabe an kommunale Verkehrsunternehmen. Zwar ist in der Rechtsprechung eine Tendenz erkennbar, die die kommunalen Aufgabenträger in ihren Handlungsspielräumen bei der Direktvergabe stärkt, allerdings normiert das PBefG den Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre. Die Aufgabenträger sollten sich daher ein klares Bild von den ökonomischen Parametern des ÖPNV in ihrem Zuständigkeitsbereich verschaffen, um so die Möglichkeiten einer eigenwirtschaftlichen Leistungserstellung abschätzen zu können. Offene vergaberechtliche Fragen liegen derzeit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Klärung vor. Eine Entscheidung hierzu wird für Mitte bis Ende 2018 erwartet.

Besondere Sorgfalt erfordert die Erstellung des Nahverkehrsplans, der die Grundlage für die Vorabbekanntmachung ist, die das Vergabeverfahren einleitet und die hinreichend konkret sein muss. Eine Präzisierung der in der vergangenen Legislaturperiode kontrovers diskutierten wesentlichen Bestandteile einer Vorabbekanntmachung im Hinblick auf tarifvertragliche Regelungen und Umweltstandards bleibt aus Sicht der kommunalen Aufgabenträger auch in der laufenden Legislaturperiode wichtig.



www.difu.de/11681



Dr. phil. Jürgen Gies

+49 30 39001-240

gies@difu.de

Dr. Kirstin Lindloff

+49 30 39001-204

lindloff@difu.de

Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung in Kommunen

Die Infrastrukturen der Städte bedürfen mittel- und langfristig eines ökologisch motivierten Systemwechsels, der über eine bloße Modernisierung hinausgeht. Hierfür ist ein integriertes Vorgehen im „Konzern Stadt“ notwendig.

In Köln trafen sich am 14. Dezember 2017 rund 100 Vertreter aus den Finanz- und Bauverwaltungen von Städten und Gemeinden, um mit Experten Modelle für eine ökologisch und fiskalisch nachhaltige Planung und Realisierung von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zu diskutieren.

Mit den Auswirkungen der „glokalen“ Megatrends werden schon heute gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Veränderungsnotwendigkeiten erkennbar, die mit reinen Anpassungsmaßnahmen kaum mehr bewältigt werden können. Die Infrastrukturen der Städte bedürfen vielmehr mittel- und langfristig eines ökologisch motivierten Systemwechsels, der über eine bloße Modernisierung hinausgeht. Um die komplexen Herausforderungen anzugehen, die mit einem solch umfassenden Transformationsprozess verbunden sind, ist ein integriertes Konzept im „Konzern Stadt“ erforderlich. Stadtentwicklungspolitik und strategische Finanzpolitik sind die zentralen Aktivitätsfelder, in denen innovative Lösungen im Verbund mit den Beteiligungsunternehmen erarbeitet werden müssen.



Sowohl in der Praxis als auch in der Wissenschaft fehlt es leider oft an einem entsprechenden fachübergreifenden Austausch. In seinem Auftaktvortrag ging Dr. Jens Libbe (Difu) deshalb der Frage nach, wie sich gemeinsam Wege zur fiskalischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit der Stadt finden lassen, um so die kommunale Selbstverwaltung als Fundament einer jeden bürgernahen Daseinsvorsorge langfristig zu sichern. Dr. Jörg Hopfe von der NRW-Bank beleuchtete die gesamte Problematik aus Finanzmarktsicht, indem er aufgrund verschärfter Rating- und Konsolidierungsbedingungen die

Notwendigkeit tragfähiger Kommunalfinanzen hervorhob. Angesichts der massiven haushalterischen Verwerfungen vieler Kommunen gerade in NRW bestehe hier ein Dilemma mit Blick auf ökologisch nachhaltige Investitionen, obwohl es inzwischen verschiedene Förderprogramme gäbe. Prof. Dr. Marc Hansmann, Vorstand der Stadtwerke Hannover, verwies hingegen auf die Steuerungs Herausforderungen in einer komplexen städtischen Konzernstruktur. Infrastrukturplanungen im Verbund mit verschiedenen Konzern-töchtern setzten qualifiziertes und gut bezahltes Personal, einen verstetigten und vorurteilsfreien Austausch zwischen Kernverwaltung und Beteiligungen, ein funktionierendes Risikomanagement sowie echte Kontrolle durch das Beteiligungsmanagement und die entsprechenden Aufsichtsräte voraus.

In einem Round-Table-Gespräch stand anschließend ein Austausch über die Erfahrungen mit Instrumenten wie der Doppik, der Anlagenbuchhaltung, der Vermögensrechnung sowie Benchmarkings im Mittelpunkt. Dr. Carsten Colombier (Schweiz) und Prof. Dr. Dennis Hilgers (Österreich) brachten dabei Erkenntnisse aus den europäischen Nachbarländern ein. In einer abschließenden Podiumsdiskussion sprach sich der Chefvolkswirt der KfW-Bankengruppe, Dr. Jörg Zeuner, gegen eine Investitionsregel aus, die die öffentliche Hand bei haushalterischen Überschüssen zu Investitionen verpflichtete. Dr. Ulrich Keilmann vom Hessischen Rechnungshof pflichtete ihm in diesem Punkt bei und forderte eine strengere Aufgabenselbstkritik der Kommunen ein. Wenn sich eine Kommune für die Bereitstellung einer Leistung trotz Haushaltsengpässen entscheide, müsse sie ggf. auch die Grundsteuer B erhöhen und dies gegenüber Bürgern kommunizieren. Gabriele C. Klug, Stadtkämmerin von Köln, betonte, dass ihre Stadt weiterhin eine Vorreiterrolle in der Entwicklung von Planungsmodellen für eine integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung einnehmen wolle. Am Vorabend des Symposiums gründeten 15 Kommunen das offene, informelle Städte-Netzwerk „Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung“, mit dem in Zukunft ein Dialog zwischen „Praktikern“ der verschiedenen, involvierten kommunalen Fachverwaltungen über die Themen des Symposiums verstetigt werden sollen.



www.difu.de/9945
www.difu.de/11603



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

225.000 Euro Preisgeld für neun vorbildlich klimaaktive Kommunen

Städte Marburg, Neuötting, Neuss und Pirmasens, Landkreise Fürstentfeldbruck und Oldenburg, Ortsgemeinde Schnorbach, Region Bergisches Land sowie der Landschaftsverband Rheinland sind Gewinner des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2017“.



Foto: Peter Himsel, Difu

Neun Kommunen haben sich mit herausragenden Projekten im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2017“ durchgesetzt. Ausrichter des jährlichen Wettbewerbs sind das Bundesumweltministerium und das Difu in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden. Sie prämierten die Preisträger gemeinsam auf der 10. Kommunalen Klimakonferenz, die am 22. und 23. Januar 2018 in Berlin stattfand.

Cornelia Rösler, Leiterin des Bereichs Umwelt des Difu, eröffnete die Jubiläums-Veranstaltung und erklärte mit Blick auf die Wettbewerbsgewinner: „Die Konferenz ist ein Anlass, auf die positiven Beispiele zu schauen und weitere Akteure zu motivieren, mit uns ins Boot zu steigen und einen eigenen Beitrag zu leisten.“

Die gleichrangigen Gewinner sind in der Kategorie 1 „Kommunale Klimaprojekte durch Kooperation“ der Landkreis Oldenburg mit der „Klimallianz in der Landwirtschaft“, die Stadt Neuötting mit dem Projekt „Gut kombiniert – erneuerbarer Strom trifft Lärmschutz“ und die Region Bergisches Land für ihre „Beratung und Vernetzung im Bergischen Energiekompetenzzentrum“. In der Kategorie 2 „Klimaanpassung in der Kommune“ gewinnt die Stadt Neuss mit „Stadtentwicklung im Wandel – Klimaanpassung planen

und umsetzen“, die Stadt Pirmasens mit ihrer „Klimaanpassung durch Überflutungsvorsorge – individuelle Maßnahmen realisieren“ und der Landschaftsverband Rheinland mit seiner „Konsequenten Dachflächenbegrünung zur Anpassung an den Klimawandel“. Die Auszeichnung in der Kategorie 3 „Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen“ erhielt die Ortsgemeinde Schnorbach für das Projekt „Förderprogramm bringt Energieeinsparung im ganzen Dorf“, die Universitätsstadt Marburg für ihren „Klimaschutzbecher to go“ und der Landkreis Fürstentfeldbruck für das Projekt „Ankommen und verstehen – Geflüchtete für Ressourcenschutz sensibilisieren“.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, überreichte die Preise und betonte die Bedeutung des kommunalen Engagements: „Der Wettbewerb zeigt erneut, dass Kommunen und Regionen eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz und der Klimaanpassung einnehmen. Die ausgezeichneten Städte und Gemeinden nehmen dabei eine Vorbildfunktion ein.“ Die Gewinner erhielten für ihr Engagement ein Preisgeld von je 25.000 Euro, um ihre Aktivitäten für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung fortzusetzen. Im Februar startete der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2018“. Bewerbungen sind bis zum 6. April 2018 möglich.



Hintergrundinfos, Filme, Fotos sowie Infos zum Wettbewerb:

www.bit.ly/2DrKBkt
www.bit.ly/2o0DKbg
www.klimaschutz.de



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 34 03 08 16
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 34 03 08 17
vorwerk@difu.de



Andrea Fischer-Hotzel

arbeitet seit Oktober 2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu-Standort Köln. Sie ist im „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz“ unter anderem für die Beratung, das Mentoring-Programm für Klimaschutzmanager sowie die Durchführung von Veranstaltungen zuständig. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaft arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in DFG-Projekten verschiedener Universitäten und promovierte 2012 an der TU Darmstadt zum Thema Dezentralisierung. Anschließend arbeitete sie am Forschungszentrum Jülich im Bereich Energiesystemforschung. Sie setzte Projekte mit den Schwerpunkten Stakeholder-Dialoge, Technikakzeptanz und Energiesicherheit um, war an der Publikation der Ergebnisse beteiligt und hielt Seminare zum Thema Energie- und Klimapolitik an der Universität Bonn ab.

Maria Föcker

arbeitet seit Januar 2018 als Bereichsassistentin im Fachbereich Mobilität und übernimmt die Elternzeitvertretung für Antje Stegmann. Sie studierte Nachhaltiges Tourismusmanagement (M.A.) und war zuvor für einen Anbieter geführter Fahrradtouren tätig. Weitere Erfahrungen bringt Maria Föcker aus Tätigkeiten in den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, E-Learning sowie als Trainerin bei Sprachschulen und verschiedenen Fortbildungseinrichtungen mit.

Dorothee Hanke

begann im September 2017 ihre Arbeit als Informationsmanagerin und Dokumentarin im Difu-Wissensmanagement am Standort Berlin. Sie studierte Geschichte und European Studies in Freiburg und Frankfurt (Oder). Anschließend arbeitete sie als Bibliotheksangestellte in der Staatsbibliothek zu Berlin. 2016 bildete sie sich an der Fachhochschule Potsdam zur wissenschaftlichen Dokumentarin weiter. Dorothee Hanke ist künftig am Institut für die Einarbeitung „Grauer Literatur“ in die Difu-Literaturdatenbank ORLIS und das Rechtsmanagement des Difu-Volltextservers zuständig.

Sylvia Kanzler

die seit September 2011 als Assistentin der Fahrradakademie im Difu-Bereich Mobilität tätig war, wechselte an das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei. Am Difu war sie stets geduldige Ansprechpartnerin für die Teilnehmenden der Fahrradakademie, unterstützte die Vorbereitung von Veranstaltungen und behielt verschiedene Aspekte des Marketings im Blick. Zudem brachte sie sich regelmäßig auch in der Vorbereitung anderer Difu-Veranstaltungen aus dem Bereich Mobilität ein.

Philipp Reiß

unterstützt seit August 2017 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Umwelt das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK)“ am Standort Berlin. Er ist hier vor allem für die strategische Weiterentwicklung zuständig und unterstützt die Beratungen und Veranstaltungen für kommunale Akteure. Nach dem Studium der Soziologie, Politologie und Philosophie in Berlin und Leipzig beschäftigte er sich am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung mit Policy-Analysen und Governance-Prozessen in den Politikfeldern Klimawandelanpassung, Innovationspolitik und Energiepolitik. Zuletzt hat Philipp Reiß mehrere Jahre als Berater im kommunalen Klimaschutz gearbeitet und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter in mehreren EU-Projekten zu den Themen Smart Grids sowie der Beteiligung und Motivation von Endverbraucher*innen tätig.

Sabine Schulten

die seit Oktober 2013 Wissenschaftlerin im Bereich Mobilität war, hat das Difu Ende Dezember verlassen, um sich neuen beruflichen Aufgaben bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin zuzuwenden. Sie hat in ihrer Zeit am Difu vor allem Projekte rund um den Radverkehr bearbeitet. Mit der Konzeption und Moderation von Veranstaltungen der Fahrradakademie unterstützte sie Kommunen und Planende dabei, wirksame Konzepte zur Förderung des Radverkehrs zu finden und umzusetzen. Des Weiteren wirkte sie im Themenbereich ÖPNV bei Veranstaltungen und Veröffentlichungen mit.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Andrea Fischer-Hotzel (Foto: Anna Hogrewe-Fuchs), Maria Föcker (Foto: privat), Dorothee Hanke (Foto: David Ausserhofer), Sylvia Kanzler (Foto: David Ausserhofer), Philipp Reiß (Foto: Marcus Reichmann), Sabine Schulten (Foto: David Ausserhofer).



Bürgerempfang der Stadt Frankenthal

Im Rahmen eines Bürgerempfangs der pfälzischen Stadt Frankenthal hielt Dr. Henrik Scheller am 27. Oktober 2017 vor rund 500 Zuhörern einen Festvortrag zum Thema „Raus aus den Schulden. Die schuldenfreie Stadt, Utopie oder reelle Chance?“. Anlass des Empfangs, der jährlich auf Einladung des Oberbürgermeisters für die Zivilgesellschaft und die Stadtverwaltung stattfindet, war die Verleihung der Stadtrechte vor 440 Jahren im Oktober 1577. Angesichts der hohen Verschuldung von Frankenthal empfahl Dr. Scheller, verstärkt über eine Zusammenarbeit mit umliegenden Städten nachzudenken und eine integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung aufzusetzen, um so Investitionen langfristiger und nachhaltig planen zu können.

➔ www.bit.ly/2DKEhbJ

Oldenburger Schlossgespräche

Wolf-Christian Strauss nahm am 11. Dezember 2017 auf Einladung der EWE-Stiftung und der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg an den jährlichen „Oldenburger Schlossgesprächen – Gesellschaft und Wissenschaft im Dialog“ teil und diskutierte unter der Moderation von Jörg Thadeusz gemeinsam mit Prof. Dr. Gerhard Henkel, Prof. Dr. Sebastian Lehnhoff, Prof. Dr. Dittmar Machule sowie Dr. Brigitte Röthlein über das Thema „Zwischen globalen Städten und Landflucht – wie leben wir in Zukunft?“.

➔ www.bit.ly/2rF1EOI

KfW-Award „Bauen und Wohnen“

Christa Böhme wurde erneut in die Jury zum KfW-Award „Bauen und Wohnen“ berufen. Bei der Ausschreibung 2018 geht es um ganzheitliches Bauen sowohl im Bestand als auch beim Neubau. Die Jurysitzung findet am 23. März und die Preisverleihung am 24. Mai 2018 statt.

➔ www.bit.ly/2EkB7Ro

Herbsttagung der ARL in Berlin

Dr. Stephanie Bock hielt im Rahmen der Herbsttagung der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL „Zwischen NIMBY, heißem Wind und Kannibalismus – eine neue Bedeutung der räumlichen Planung?!“, die am 14. November 2017 in Berlin im BMVI stattfand, den einleitenden Vortrag „Innovative Partizipationsprozesse: Formen, Möglichkeiten und Grenzen“.

➔ www.bit.ly/2D6QAzn

Difu-Teilnahme an Weltklimakonferenz in Bonn

Am 15. November nahm Cornelia Rösler im Rahmen eines Side-Events der Weltklimakonferenz in Bonn an der Veranstaltung „Der Beitrag der Städte zur Umsetzung der Klimaziele von Paris und der SDGs“ teil, die vom German Committee Future Earth veranstaltet wurde. Unter dem gleichen Titel wurde eine Podiumsdiskussion durchgeführt, an der sie sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Ashok Sridharan, mit Peter Pätzold, Referent für Städtebau und Umwelt Stuttgart sowie Reiner Erben, Stadtrat und Referent für Umwelt, Nachhaltigkeit & Migration Augsburg, beteiligte.

➔ www.bit.ly/2qT5DGW

Podiumsdiskussion zu Vor- und Nachteilen der E-Mobilität

Dr. Kirstin Lindloff hat am 7.11.2017 an der Podiumsdiskussion „Emissionsfrei aber umweltschädlich? Vor- und Nachteile der E-Mobilität“ von NDR Info (Wissenschaftsmagazin Logo) und der Braunschweiger Zeitung teilgenommen. Dr. Martin Kahmann, Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Udo Lambrecht, Institut für Energie- und Umweltforschung sowie Prof. Dr.-Ing. Thomas M. Cerbe, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften waren ebenfalls Diskutanten.

➔ www.bit.ly/2mx9a9a

Delegation von Regierung und Parlament der Philippinen im Difu

Vor einer Delegation hochrangiger Regierungs- und Parlamentsvertreter der Philippinen hat Dr. Henrik Scheller am 17.10.2017 im Deutschen Bundestag einen Vortrag zu Fragen der kommunalen Selbstverwaltung in Föderalstaaten gehalten. In der anschließenden, sehr angeregten Diskussion interessierten sich die Zuhörer vor allem auch für Fragen der Finanzverteilung zwischen ärmeren und reicheren Regionen.

Workshop, Vortrag und Podiumsteilnahmen in Wismar, Schwarzenberg und Dresden

Zum Thema Verkehr und Prozessgestaltung sowie Bürgerbeteiligung gestalteten Prof. Martin zur Nedden und Prof. Dr. Arno Bunzel am 17.10.2017 in der Hansestadt Wismar einen Workshop zur Stadtentwicklung. Am

23.10.2017 hielt Prof. Martin zur Nedden auf Einladung des Stadtrats der Stadt Schwarzenberg/Erzgebirge einen Vortrag zu „Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in schrumpfenden und peripherisierten Klein- und Mittelstädten“ und war darüber hinaus am 17.11.2017 Mitwirkender der Podiumsdiskussion „Von Wien lernen? – Zur Zukunft des sozialen Wohnungsbaus in Sachsen“, die vom Zentrum für Baukultur Dresden veranstaltet wurde.

➔ www.bit.ly/2GedeCY

Auftaktsitzung des Städtetzwerks für „City2Share“

Am 15.1.2018 fand im Difu die Auftaktsitzung des Städtetzwerks zum Forschungsprojekt „City2Share“ statt. Diskutiert wurde der Projektstand im Themenfeld „Neue Konzepte des (E-) Lieferverkehrs“ in den Städten. Dieses und weitere Themen sollen mit dem Städtetzwerk erarbeitet werden und in Handlungsleitfäden für Kommunen münden. Das Netzwerk umfasst Aachen, Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Erfurt, Flensburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Offenbach am Main, Osnabrück und Stuttgart.

➔ www.bit.ly/2EabtPy

Kooperationsvereinbarung zwischen TU Berlin und Difu

Die TU Berlin und das Difu unterzeichneten am 25. Januar eine Kooperationsvereinbarung. Im Rahmen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Stadtforschung mit kommunalem Bezug sollen bestehende Ressourcen für neue Forschungsprojekte sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gewinnbringend kombiniert werden. Durch die Nutzung von Synergien aus der Arbeit der beiden Forschungseinrichtungen sollen positive Effekte sowohl für alle Forschungsfelder der Stadtentwicklung als auch für die Verflechtung von Praxis und Wissenschaft erreicht werden.

➔ www.difu.de/11721

Fotos (v.l.n.r.):

Kooperation TU-Difu: hinten (v.l.n.r.): Prof. Dr. Arno Bunzel, Dr. Busso Grabow, Prof. Martin zur Nedden, vorn (v.l.n.r.): Prof. Dr. Angela Million, Prof. Dr. Christian Thomsen, Prof. Elke Pahl-Weber (Foto: TU Berlin/PR/Felix Noak); Deutscher Bundestag; Oldenburger Schlossgespräche (Foto: Marcus Meyer); ectric-car.



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, öffentlich zugängliche Online-Publikationen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese exklusiven Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
 www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
 www.difu.de/institut/zuwender

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 1/2018
 www.difu.de/11749

OB-Barometer 2018
 www.difu.de/11757

Smart Cities in Deutschland - eine Bestandsaufnahme
  www.difu.de/11741

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen 2017
  www.difu.de/11701

Monitor Nachhaltige Kommune II
  www.difu.de/11744

Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren
  www.difu.de/11596 (Difu-Papers)
  www.difu.de/11255 (BBSR-Veröffentlichung)

Klimaangepasste Planung im Quartier
Am Beispiel des Ostparks in Bochum – Plan4Change
 www.difu.de/11678

Impulspapier „Klimaschutz – Schnittstellen und Synergien innerhalb der Kommunalverwaltung“
 www.difu.de/11677

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfallwirtschaft
 www.difu.de/11607

Fachgespräch „Leitlinien und Handlungsempfehlungen für mehr Umweltgerechtigkeit“
 www.difu.de/11657

Parkraumbewirtschaftung – Nutzen und Effekte
 www.difu.de/11582

Veranstungsdokumentationen

Difu-Dialog: Die begehbare Stadt: Mehr Platz und Aufmerksamkeit für das Zufußgehen
  www.difu.de/11726

Difu-Dialog: Stress and the City – wie viel Dichte verträgt der Mensch?
  www.difu.de/11649
Videodokumentation:
 www.difu.de/11514

Fachkräftemangel in der Kommunalverwaltung
  www.difu.de/11352

Wie die Integration Geflüchteter in den Kommunen gelingen kann
  www.difu.de/11671

Fernmündlich oder per App?
  www.difu.de/11681

Kulturelle Integration – Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt
  www.difu.de/11630

Die strategische Bedeutung von städtischen Mobilitätsplänen
  www.difu.de/11659

Hochschulen und „ihre“ Stadt: Mit- oder nebeneinander?
  www.difu.de/11577

Datengrab oder strategisches Steuerungsinstrument? Möglichkeiten und Grenzen von indikatorenbasiertem Sozialmonitoring
  www.difu.de/11568

Vorträge

Martina Hertel: Öffentliche Fahrradverleihsysteme – Aktuelle Herausforderungen
  www.difu.de/11750

Tilman Bracher: Grundlagen neuer Finanzierungsinstrumente im ÖPNV
  www.difu.de/11715

Cornelia Rösler: Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen
Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage 2016
  www.difu.de/11629



Frankfurter Rundschau, 15.02.2018
Kostenloser Nahverkehr: Keine
versponnene Utopie

Der Vorschlag, Bus- und Bahnfahrten flächendeckend kostenlos anzubieten, ist nicht neu. Umso wichtiger, den ÖPNV zum Nulltarif jetzt umzusetzen. Der Leitartikel.

➔ www.bit.ly/2sAf1Ad

Bayerische Gemeindezeitung, 01.02.2018
Roadmap Bodenpolitik

Vor allem in wachsenden Stadtregionen ist Boden in Deutschland mittlerweile ein knappes Gut. Bürger mit geringen und mittleren Einkommen haben inzwischen zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Vor diesem Hintergrund erarbeitete der Expertenkreis „Zukunftsfragen der Bodenpolitik“ unter Federführung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. vhw eine bodenpolitische Agenda für die Jahre 2020 – 2030. Sie zeigt, warum Deutschland auch im Sinne von Klimaanpassung und Klimaschutz dringend eine sozial gerechtere Stadtentwicklungs- und Bodenpolitik benötigt.

➔ www.bit.ly/2EQEXMM

Südkurier, 26.01.2018

Ein Grundrecht auf Parken gibt es nicht

Wie Singen, Stockach, Radolfzell und Konstanz mit öffentlichen Stellflächen in der Innenstadt umgehen

➔ www.bit.ly/2sE8HYf

Spiegel online, 25.01.2018

Die Boden-Offensive

Vielen Deutschen mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, auch weil zu wenig Bauland verfügbar ist. Mit einer Strafsteuer für Spekulanten will die Bundesregierung Land gewinnen. Kann das funktionieren?

➔ www.bit.ly/2BvOuHc

Deutschlandfunk online, 25.01.2018

Besser zu Fuß durch die Stadt

Abgase, rasende Autos, lange Ampelphasen – Fußgänger werden in Städten oft nicht bevorzugt behandelt. Das Deutsche Institut für Urbanistik arbeitet derzeit an einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie und plädiert dafür, mehr zu Fuß zu gehen.

➔ www.bit.ly/2E8wh1H

Süddeutsche Zeitung online, 23.01.2018
Weniger Parkplätze – weniger Verkehr

Das Bündnis für Dachau erregt mit seinem Wunsch, jährlich 400 Stellplätze in der Kreisstadt abzubauen, den Unmut vieler Bürger. Studien belegen, dass Parknot hilft, Verkehr zu verringern.

➔ www.bit.ly/2HgnKe1

Berliner Zeitung online, 10.1.2018

Autobranche legt Fokus auf
Elektromobilität

Das hat schon einen ironischen Beigeschmack. Ausgerechnet Bosch hat auf der Computermesse CES in Las Vegas ein Gerät vorgestellt, das helfen soll die Luftqualität in Städten zu verbessern.

➔ www.bit.ly/2FDm6Cx

Mühlacker Tagblatt online, 8.1.2018

Neujahrsempfang: OB lobt die aktive
Bürgerschaft

Schmucklos, genauer gesagt: ohne Amtskette, hat Oberbürgermeister Frank Schneider bei seiner Ansprache zum Neujahrsempfang, die Gäste im Uhlandbau auf die kommenden Herausforderungen für die Stadt eingestimmt und dabei gleichzeitig auch die Errungenschaften der jüngsten Vergangenheit nicht unerwähnt gelassen.

➔ www.bit.ly/2Dbz9gR

General-Anzeiger, 19.12.2017

Bonner Unternehmen wünschen sich
Sicherheit

Die Stadt hat Bonner Unternehmen zum Standort befragt. Als besonders wichtig bewerten die Unternehmer die Sicherheitslage in der Stadt. An fehlenden Expansionsflächen, Parkplatzsituation und Immobilienpreise gibt es Kritik.

➔ www.bit.ly/2r7CgAX

NordwestZeitung, 13.12.2017

Menschen zieht es weiter in die
Großstädte

„Zwischen globalen Städten und Landflucht: Wie leben wir in Zukunft?“ – Über dieses Thema diskutierten bei den neunten Oldenburger Schlossgesprächen fünf Experten unter der Leitung des Journalisten und RBB-Moderators Jörg Thadeusz.

➔ www.bit.ly/2Dg00s0

Kontext: Wochenzeitung, 29.11.2017
Ulm baut selbst

Im Vergleich zu München und Stuttgart sind die Mieten in Ulm noch bezahlbar. Das liegt nicht zuletzt an einer vorausschauenden Liegenschaftspolitik. Statt zu verkaufen, um Geld in die Stadtkasse zu spülen, erwirbt Ulm Grundstücke, um selbst zu bauen.

➔ www.bit.ly/2B1Pqzb

taz, 27.11.2017

Von jetzt an mit der roten Mütze durch
den Rest des Jahres

[...] Das taugt dabei allemal als spannender Selbstversuch, wie viel Nähe man in einer wachsenden und damit sich dichter aneinander reibenden Stadt eigentlich verträgt. Wer das theoretisch unterfüttert haben möchte, kann ja am Mittwoch um 17 Uhr noch versuchen, sich in eine Diskussionsveranstaltung im Deutschen Institut für Urbanistik in der Zimmerstraße zu drängeln.

➔ www.bit.ly/2FFmkcm

Frankfurter Rundschau, 22.11.2017

Der Radweg der Zukunft

In Zusammenarbeit mit chinesischen Studenten hat BMW ein neues Verkehrssystem für die Metropole Shanghai erdacht - extra für E-Bikes. Das Projekt zeigt auch hierzulande Wege zu einer Mobilitätsrevolution.

➔ www.bit.ly/2mFcxuO

Die Welt, 20.11.2017

E-Laster von Daimler kommt

Der Stuttgarter Konzern will Nutzfahrzeuge mit Elektromotor auf den Markt bringen. Die Post war schneller und baut ihre eigene Stromer-Flotte.

➔ www.bit.ly/2FFmQqO

Bayern 2 (BR), 13.11.2017

Was tut Ihre Kommune für den
Klimaschutz?

Ein großes Ziel, fast alle Staaten setzen sich dafür ein: Die vom Menschen verursachte Erderwärmung soll auf unter zwei Grad begrenzt bleiben. Wie lässt sich das konkret erreichen? Was tut Ihre Kommune für den Klimaschutz? Das wollte das Tagesgespräch wissen.

➔ www.bit.ly/2De9wMz



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
difu@difu.de
www.difu.de

